

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
X. Hofbau u. Verwaltg.: Drag 11, Neřizantska 15 • Zersch.: 20703, 31499, Nachdruck: (ab 21. Juni) 33535 • Druckort: 57544

12. Jahrgang.

Donnerstag, 16. Juni 1932

Nr. 142.

In Nordböhmen 19.000 Arbeitslose weniger!

Gemeinden können nicht helfen.

Die Gesamtzahl der angemeldeten Arbeitslosen ist im Laufe des Monats von 146.468 auf 127.467, also um 19.001, d. h. um 12,9 Prozent gesunken, so daß der Rückgang in Nordböhmen geringer ist als im ganzen Lande, wo es sich um einen Rückgang von 14,3 Prozent handelt (im Staate 12,8 Prozent). In 11 politischen Bezirken von den 25 des nordböhmischen Sprengels waren noch immer mehr als 5000 gänzlich Arbeitslose angemeldet (Gablons a. R. 15.814, Teilschen 10.676, Reichenberg 9831, Teplitz-Schönau 9565, S. Tepla 8967, Brüx 7823, Komotau 7730, Friedland 7485, Aussig a. E. 7455, Rumburg 6632 und Tuz 5585).

Den Berufsgruppen nach handelt es sich bei den gänzlich Arbeitslosen um 28.641 Hilfs- und Tagelöhner, bei denen ein Rückgang um 11,4 Prozent erscheint, um 28.318 Textilarbeiter (-2,2 Prozent), 22.548 Glas- und Tonarbeiter (-12,2 Prozent, was natürlich hauptsächlich auf die Ziegelarbeiter entfällt), 13.571 Metallarbeiter (-7,6 Prozent), 8967 Bauarbeiter (-32,8 Prozent, dank der Saison) und um 4545 Holzarbeiter (-13,2 Prozent, in beträchtlichem Maße auch im Zusammenhange mit den Bauten).

Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sollten wiederholt Kostensenkungsarbeiten betrogen. Es handelte sich um 153 Arbeiten, bei denen 4805 Personen beschäftigt waren.

Eine Reihe dieser Arbeiten, für die auch bereits vom Ministerium für soziale Fürsorge unter dem Titel der produktiven Arbeitslosenfürsorge Beiträge bewilligt wurden, kann leider nicht durchgeführt werden, weil die Gemeinden nicht das nötige Geld haben.

Die Arbeiterschaft für diese Arbeiten muß durch die Bezirksarbeitsvermittlungsausschüsse aufgenommen werden, weil diese sonst nicht in der Lage wären, die Lohnlisten zu bestätigen, was für die Auszahlung des Staatsbeitrages unbedingt notwendig ist.

Besonders betroffen sind die Handels- und Industrieangestellten. Am 31. Mai waren 3288 gänzlich Arbeitslose aus dieser Gruppe angemeldet, von denen nur 1183 die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrage erhalten haben.

Die Bezirksarbeitsvermittlungsausschüsse erfordern wiederholt alle Arbeitgeber sämtliche zur Beschaffung gelangenden Arbeits- und Dienststellen den Anstalten zu melden und dadurch den Stellenlosen das Suchen der Stellen zu erleichtern.

Der „Ständestaat“ marschiert...

Die Landbündler-Fascisten.

Die landbündlerischen Anhänger sind schon lange mit der Politik ihrer Führer unzufrieden. Schöne Worte des Herrn Spina, und seien sie noch so kunstvoll vorgetragen, ziehen auf die Dauer nicht. Die Landbündler erhielten einen Konkurrenten, der besser Theater spielen kann und mehr zu versprechen versteht: die Hakenkreuzler. Diese hatten Zugang die Reihen der Bündler lichtet sich. Das jagte ihnen Schrecken ein. Vor allem die Jungen quälte ein Gedanke: ein Wunderrezept für alle Leiden, gleich den Hakenkreuzlern, zu finden. Die Mährer, schneidige Kerle, wie sie schon sind, dachten sich: wir werden das Kind schon schaukeln. Ein Zeileisinstitut haben wir, die Bauernschule in Groß-Allersdorf und tüchtige Doktoren auch, den Herrn Ehren doktor der Brünner deutschen Techn. Hg. Hódina, den Herrn Verbandsdirektor Hilmer und seinerzeit den Herrn Ingenieur E. G. Pirger, um nur einige von ihnen zu nennen. Nach einigem Kopfschütteln der Meister und Gesellen, der Lehrer und Schüler, nach einigen schweren Auseinandersetzungen der Jungen mit den Alten ward das Kind geboren, das den Namen „Landständisch“ erhielt, die Taufpaten nannten ihn „Jungmannschaft“.

Die neue Idee fand Anfang. Die Bewegung soll in 100 von den 600 deutschen Dörfern Mähren-Schlesiens Anhänger zählen. Im September vorigen Jahres fand in Sternberg der erste Landesaufmarsch statt. In Böhmen versuchen die Agrarier erst jetzt, den Ueberresten ihrer Bewegung den neuen Geist einzupumpfen und nach mährischem Muster umzugestalten.

Man könnte sagen, es handle sich hierbei sicherlich nur um eine Auffrischung des Firmenschildes, der Deforation, denn die Landbündler führen das Wort „händisch“ und „Landstand“ schon immer im Mund. Das trifft aber keineswegs zu. Man lasse sich auch von den Namen „Jungmannschaft“ nicht täuschen, denn es handelt sich um keine Jugendbewegung. Wir haben Ursache, diese Organisationsform und das neue Programm unserer Vorgewählten zu prüfen.

Diebei müssen wir uns vor Augen halten, daß die „Landständische Jungmannschaft“ ein Schutzdamm gegen die Hakenkreuzler, die Avantgarde der Großbourgeoisie, sein soll. Um das zu erreichen, mußte eine Bewegung geschaffen werden, die die wesentlichen Grundzüge, Aufbau und Programm, gemeinsam mit der Hakenkreuzbewegung hat, die wiederum ein Nachkommen der italienischen, faschistischen Arbeiterbewegung ist. Und dem ist auch so.

„Die Landständische Jungmannschaft“ — so sagt ihr Landesführer Ing. Künzel — „ist keine nach demokratischen Methoden geführte Massenorganisation, in der die Zufälligkeiten der Abstammung von Rassensammelungen nur durch verbodene Führerpraktiken ausgeglichen werden, sondern sie ist auf dem Grundlag Führertum und Gefolgschaft aufgebaut“.

das heißt, eine Organisation, in der der Führer befehlt und die Anhänger zu gehorchen haben. Mindestalter für den Beitritt ist 18 Jahre, Mädchen werden nicht aufgenommen. Die kleinste Organisationsform bildet die „Landschaft“. Die Organisation untersteht der Landesführung, Zehnerchafts- und Landschaftsführer werden bestimmt.

„Der Jungmannschaft“ — so sagt der Landesführer — „muß der Charakter des Vereinstätigen, des Freiwilligen, des Bedingten angenommen werden, in ihren Kameraden vielmehr von vornherein der Grundgedanke der feststehenden, pflichtgemäßen, unbedingten Einordnung zur Anerkennung gebracht werden. Der mounschastlichen und damit auch kameradschaftlichen Erziehung

solten Kameradenteilungen, Hofabreiteabteilungen und Stabteilungen dienen. Den Gedanken der „Kameradschaft“ bringt die gemeinsame Tracht (das Uniform. D. H.) zum Ausdruck, die bewußt das Soldatliche betont und den Kameraden von den nicht nur äußerlich in der Kleidung, sondern auch oft innerlich „bürgerlich“ bestimmten übrigen Standesgenossen herausheben soll.“

Daraus geht klar hervor, daß die Bewegung eine militärische Organisation darstellt, die von einer Spitze aus geleitet wird, deren Mitglieder nach militärischen Grundsätzen erzogen und verhalten werden. Die Organisationsform deckt sich also vollständig mit der Hakenkreuz-faschistischen.

Und wie sehen nun die „landständischen Ideen“ aus? Man traut seinen Augen nicht, wenn man die Stellung dieser Landbündler zur heutigen, kapitalistischen Wirtschaftsordnung liest. Waren es doch gerade die Landbündler, die sich immer als die besten Wächter der „wahrhaft christlich-deutschen Weltanschauung“, wie sie in ihren Parteigrundsätzen vom Jahre 1920 erklären, also jener der gegenwärtig noch herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, ausgaben. Und heute wollen sie von dieser von Gott gewollten Wirtschaftsordnung nichts mehr wissen? Man höre sie:

„Man kann ruhig behaupten“ — sagt Verbandsdirektor Hümer — „daß die Wirtschaftskrise auch gekommen wäre, wenn es keinen Krieg gegeben hätte, so wie es auch in früheren Jahrzehnten Wirtschaftskrisen gab.“

Schuld daran ist „das kapitalistische, auf Ausnutzung der gegebenen Gelegenheit durch das Einzelindividuum und den Einzelbetrieb abzielende System“.

das durch „Konzentrationen, die nur den Zweck verfolgen, die Gewinnmöglichkeiten weitestgehend auszunutzen, ein Zusammenballen der wirtschaftlichen Kräfte und der Geldmittel, ein immer stärkeres Anwachsen der Kapitalien in den Händen einiger Weniger und eine immer stärker um sich greifende Proletarisierung der Massen“ herbeiführt.

„Und in der Erkenntnis des Wesens der Wirtschaft und des Staates“ — sagt Künzel — „muß sich die landständische Bewegung gegen das heute herrschende parlamentarisch-demokratische Staats- und gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und für den händisch organisierten Staat und die vernünftige händische Wirtschaft einsetzen.“

Die berufenen Hüter, man hörte und staunte, verdammen die gebeitigte Wirtschaftsordnung und fordern ihre Beseitigung, die Erhebung durch eine andere, jene Kampfesforderung der Sozialdemokratie, die gerade von den Landbündlern bisher als Schreckgespenst gegen sie benütigt!

Aber nicht Erhebung durch etwa eine Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und soziale Gerechtigkeit herrscht, sondern die Zeiten des fünfzehnten Jahrhunderts, wo eine Adelskaste die bäuerliche Bevölkerung als leibeigene Sklaven hielt, schweben den Agrarweltlichen als Idealbild vor. Herr Doktor Heinrich hat dies in einem Vortrage sehr hübsch zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig soll, wie Künzel das deutlich sagte, das parlamentarisch-demokratische Staatsystem geändert werden, was der Abschaffung der freien, demokratischen Vertretung des Volkes, der politischen Selbstbestimmung, gleichkommt.

Unsere deutsch-böhmischen Säupter tun nach so, als müßten sie das Wesen des zukünftigen Ständestaates zu ergründen versuchen. Der „unseligen Parteierfahrenheit uneres Volkes“ soll ein Ende bereitet werden, an die Stelle der Parteien sollen die Stände treten, verkünden sie.

Der Marsch ins Dritte Reich:

Die Regierung Schleicher-Papen „handelt“.

Sie gibt sich „demokratisch“ ...

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Rundfunk für die Wahlwerbung freizugeben. Jeder der Parteien, die im letzten Reichstags mit mindestens 15 Mandaten vertreten waren, wird die gleiche Zeit für eine Ansprache eingeräumt. Die Wahlreden werden in der Woche vor der Reichstagswahl durchgegeben, für jede Rede stehen 25 Minuten zur Verfügung. — Die Regierung hat allerdings der Kommunistischen Partei das Halten einer Rundfunkrede nicht gestattet, obwohl der Text der Reden gesichtet wird. Soeben hat man vor den Nazis eine Verbündung gemacht, indem man Gregor Strasser reden ließ. Für die Kommunisten gilt also nicht das gleiche Recht, wie für die hakenkreuzlerische Hochverratspartei.

Und handelt reaktionär.

Berlin, 15. Juni. Die Notverordnung über die Aufhebung des SA- und des Uniformentverbotes und die Neuordnung der Bestimmungen über die Pressefreiheit ist nunmehr fertiggestellt. Sie wird voraussichtlich morgen veröffentlicht werden. — Bei den letzten Besprechungen beim Reichsinnenminister hat es sich darum gehandelt, die Schwierigkeiten zu überwinden, die in der Stellungnahme der Länder, namentlich zur Frage des Uniformentverbotes, liegen. Ein Beschluß der Länder liegt aber noch nicht vor, aber man hat den Eindruck, daß die Landesregierungen vorläufig nicht die Absicht haben, die Aufhebung des Verbotes durch eigene Notverordnungen in ihrem eigenen Machtbereich zu verhindern. Dagegen ist wohl damit zu rechnen, daß in den Ländern während des Reichstagskampfes weitgehende Aufmarschverbote zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassen werden. Bezeichnend in diesem Zusammenhang dürfte das Verhalten in Berlin sein. Von nationalsozialistischer Seite war angekündigt worden, daß man nächsten Sonntag auf dem Tempelhofer Feld eine große Parade der wiedererstandenen SA und SS vor Adolf Hitler stattfinden würde. Diese Demonstration wird jedoch kaum zustandekommen, da in Preußen seit dem 31. Oktober v. J. ein allgemeines Verbot für politische Demonstrationen und Umzüge besteht.

„Halte den Dieb“.

München, 15. Juni. Der „Völkische Beobachter“ schreibt in seinem Kommentar zu der neuen Notverordnung des Kabinetts Papen u. a. die NSDAP lehne die erste Notverordnung als neue für das deutsche Volk unentzerrliche Belastung um so mehr ab, als sie in dieser ersten praktischen Maßnahme der Regierung „keinerlei Anhaltspunkte für eine genügende

Änderung der bisherigen Politik“ zu erkennen vermöge. Die Regierung stelle in ihrer Erklärung zur Notverordnung zwar grundlegende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung in Aussicht, so lange sie aber diese Versprechen nicht durch Taten zu belegen in der Lage sei, habe die NSDAP keinen Anlaß, ihre Auffassung zu ändern.

Wenn die Maßnahmen der Regierung Papen keine grundlegende Änderung der bisherigen Politik sind, dann weiß man schon nicht mehr, was sich die Nazis unter einem „Systemwechsel“ vorstellen. Freilich sind bisher noch keine Köpfe in den Sand gerollt, aber man ist doch erst auf dem Wege ins Dritte Reich und noch nicht in seinen paradiesischen Gefilden. — Es ist den Hakenkreuzlern schon zu glauben, daß ihnen die sozialpolitischen Maßnahmen der Junkerregierung unangenehm sind. Haben sie doch seinerzeit das Kabinett Papen mit einem Freudensturm begrüßt und sind sie doch an seinem Zustandekommen durch die Abmachungen beteiligt, die sie mit einzelnen Regierungsgliedern abgeschlossen haben. Dieses Verhalten von der neuen Notverordnung soll lediglich die nationalsozialistische Wahlwerbung erleichtern.

Preußischer Landtag als politischer Kindergarten.

Berlin, 15. Juni. Im preußischen Landtag wurde gestern mit den Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der kommunistische Antrag angenommen, die Reichsregierung zu erziehen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu vollziehen.

Bei der Abstimmung über den weiteren Antrag der Kommunisten, „Der Landtag fordert den sofortigen Rücktritt der Reichsregierung von Papen“, ergibt sich die Beschlussunfähigkeit des Hauses, da nur 177 Karten abgegeben wurden. Das Zentrum und die Nationalsozialisten beteiligten sich an der Abstimmung nicht, Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten mit Ja, die Deutschnationalen mit Nein. — Diese Abstimmung ist wohl der beste Beweis dafür, daß die Angriffe der Nazis auf die Maßnahmen der Regierung Papen nur ein Schwindel sind.

Englischer Minister gestorben.

London, 15. Juni. Der Minister für öffentlichen Unterricht Donald Mc Lean ist hier plötzlich gestorben. Der Verstorbene war liberales Mitglied des MacDonald-Kabinetts und ein Anhänger des Freihandels.

Also „Ständestaat“! Herr Dr. Heinrich belehrt uns darüber, daß die Idee des Ständestaates

... nicht leere Spekulationen, sondern ernste Wirklichkeit ist. Ein Beispiel! — so sagt er auf Seite 15 seiner Schrift — „des Renaubanens der Wirtschaft und des Staates bietet heute der faschistische Staat mit seiner Syndikalis- und Körperschaftsform. Der Faschismus hat versucht, eine neue Gesellschaftsform zu schaffen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß hier ein wahrhaft großer Versuch zu einer Neuordnung von Grund auf unternommen wird. Ich bin weit davon entfernt, diesen Versuch als fehlerfrei zu bezeichnen, aber die Erfolge, die in der geringen Zeit und bei vielen mangelnden Vorbedingungen erreicht wurden, sind groß genug. Ich führe dies deshalb hier an, weil es auch zur Geschichte des ständischen Gedankens gehört, und zwar zum allerjüngsten.“

Hier steht es schwarz auf weiß, daß das Ziel der ständischen Bewegung der Faschismus ist wie der italienische.

Man lese jetzt sehr aufmerksam die Schilderung des „Ständestaates“:

„Am liberalen Staate sind grundsätzlich 2 Staatsbürger gleich. Im ständischen Staate aber gibt es keine Gleichheit.“

sagt Dr. Heinrich und fährt fort: „Zweierlei haben wir im ständischen Staate erkannt“:

Staat Volksherrschaft „die Führung durch den in seinem Bereiche jeweils Sachkundigsten“

und an Stelle der Gleichberechtigung der Staatsbürger

„die Ungleichheit der Stände und die sich daraus ergebende hierarchische Schichtung, die in einem Höchstmaße gipfelt.“

Eine Herrenschicht wird über das Volk gebieten, wobei Herr Hilmer es für notwendig erachtet, eine Ergänzung zu liefern:

„Das heutige demokratische System muß gleichfalls allmählich abgebaut werden, das heutige System mit dem gleichen Wahlrecht, wo die Stimme jedes Einzelnen in gleicher Weise entscheidet, ohne Rücksicht darauf, welchen Sinn er für die Interessen der Allgemeinheit (lies großgewerkschaftlichen Ständesinteressen. D. R.) hat und welches Verständnis er der Lösung der gemeinschaftlichen Fragen entgegenbringt.“

Und angesichts der Schanddaten des italienischen Faschismus geratet sich Herr Dahn, Schriftleiter des „Deutschen Landboten“ zu schreiben:

„In dieser Beziehung könnte besonders Italien unseren sogenannten Staatsmännern als leuchtendes Vorbild dienen.“

Es ist nun notwendig, nach einiges aus dem Wunschschleier unserer Landständler hervorzuheben. Hier einiges aus dem Archiv des Herrn Hilmer:

Die Sozialversicherungssysteme in Italien bedeuten angeblich in vielen Staaten durch ihre Beeinflussung der Kreditpolitik einen Vorstoß der sozialistischen Wirtschaftsauffassung. Sie werden daher zuerst aufs Korn genommen. Nur unbedingt notwendige Versicherungen wird es geben, und zwar unter schärferer Kontrolle und der billigsten Belastung: „Jedes einseitige Ausmaß solcher

Christlichsoziale provozieren die Arbeitslosen.

Hand in Hand mit den ärgsten Arbeiterfeinden.

Die tschechischen Agrarier, unterlassen keine Gelegenheit, um gegen die Arbeitslosenunterstützungen Sturm zu laufen. Es ist beschämend, daß ihnen dabei die deutschen Christlichsozialen überall, wo sie können, Schützenhilfe leisten, obwohl dieser Kampf gegen das Recht der Arbeitslosen von der Partei der Restgüterer unter dem Schlagwort geführt wird, daß der Minister Dr. Czech dabei Verjährung zu Gunsten der deutschen Gebiete treibt.

Gegen Arbeitslosenunterstützungen

In der böhmischen Landesvertretung haben die tschechischen Agrarier gestern folgenden Antrag eingebracht:

Das Ministerium für soziale Fürsorge wird ersucht, in jene Bezirke, welche darum ansuchen werden, anstelle der Verköstigungsaktion Beiträge zur produktiven Fürsorge zu leisten und zwar in erster Reihe für den Straßenbau und für die Schotterherzeugung zur Erhaltung des Straßennetzes.

Ein wirklich fein ausgeklügelter Plan! Bezirke mit agrarischer Mehrheit sollen das Ministerium zwingen können,

die Ernährungsaktion für die Arbeitslosen einzustellen, ihnen jede staatliche Unterstützung zu entziehen

und sie der Willkür der Agrarier auszuliefern, die auf diese Weise billige Arbeitskräfte belämen. Was mit den andern geschieht, die auch bei den Rottlandsarbeiten nicht unterkommen könnten, kümmert die bürgerlichen Parteien überhaupt nicht.

Für diesen schamlosen Antrag haben die deutschen Christlichsozialen die Hand erhoben!

Nicht einmal die Rücksicht auf die tschechischen Alexikalen, die diese Provokation hunderttausender Arbeitsloser nicht mitmachen, konnte die deutschen Christlichsozialen veranlassen,

Einrichtungen, wie es heute üblich ist (?) muß vermieden werden“, das heißt, bei Krankheit

gibt es kein Krankengeld mehr, Altersrente ist eine unnütze Belastung der Wirtschaft! Aber die Lasten haben die Berufsorganisationen, also die Arbeiter selber, zu tragen.

Nach Dr. Heinrich wird der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter abgeschafft, die Gewerkschaften und Industrieländerverbände werden zu einem Gesamtverbande des betreffenden Erzeugungszweiges verknüpft.

Herrn Hilmer sind vor allem die Kollektivverträge ein Dorn im Auge. Er versteigt sich zu folgender Erklärung:

„Man kann ruhig behaupten, daß die Kollektivverträge einen großen Teil zu der heutigen Arbeitslosigkeit beigetragen haben.“

Die Kollektivverträge müssen daher beseitigt und die hohen Arbeitslöhne entsprechend herabgesetzt werden.

Die Arbeitslosenfürsorge müsse restlos beseitigt werden, denn bei uns sei angeblich Arbeit in Hülle und Fülle, wenn man nur arbeiten wolle. Arbeitslosenunterstützung an Saisonarbeiter (Maurer u. a.) — auch wenn sie im Winter hungern — ist nach Hilmer höchst ungerecht.

Die Einführung der Zwangsarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 21. Lebensjahr wird als ein Erfordernis der

die Front der Arbeiterfeinde zu verlassen. Trotz der empörten Proteste versuchten sie, diesen

demonstrativen Antrag gegen die Arbeitslosenunterstützung

durchzudrücken. Es kam zu stürmischen Zusammenstößen zwischen ihnen und unseren Genossen, auf tschechischer Seite zwischen den Agrariern und den tschechischen Sozialdemokraten.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Die sozialistischen Parteien nahmen dieses Ergebnis mit stürmischem Beifall auf. Nachträglich verurteilten die Christlichsozialen ihr schändliches Verhalten abzuschwächen und sich auf „Uninformiertheit“ auszuweichen. Genosse Dr. Strauß hielt ihnen sehr deutlich vor Augen, daß in solchen Fällen auch Unkenntnis — wenn sie tatsächlich vorgelegen wäre — nur aufs Schärfste zu verurteilen ist.

Dasselbe Spiel führten die Christlichsozialen auf, als sie jetzt gegen die Sonntagruhe stimmten.

Diese Wiederholung zeigt nur, daß die deutschen Christlichsozialen immer bereit sind, mit der schwärzesten Reaktion gegen jede soziale Forderung aufzutreten und daß sie nicht einmal vor der ärgsten Provokation der Arbeitslosen zurückschrecken.

Stunde erklärt. Nach Hilmers Behauptung („Blattwirtschaft“ S. 14)

„gibt es aber tausende und aber tausende leerer Arbeitsplätze für weibliche und männliche Dienstboten, Immoherer u. a., die trotz aller Arbeitslosigkeit und trotz der guten Löhne, die heute Dienstboten einschließlich der Verpflegung erhalten, nicht befehrt werden können. Die derzeitigen Löhne der Dienstboten reichen oft an das Einkommen gleichaltiger Beamten mit Hochschulbildung heran, beziehungsweise übertreffen diese sogar.“

Weil „der große (hakenkreuzerische D. R.) Volkswirtschaftler Dr. Spann - Wien“ sagt, daß eine mehr selbstverjüngende Wirtschaft gegen weltwirtschaftliche Krisen widerstandsfähiger sei, muß natürlich die „ständische Volkswirtschaft“ autark sein. Hilmer verlangt in seiner Schrift, S. 18, daß die Menschen wahre Hungerlöhne werden sollen, nicht einmal Reis solle eingeführt werden.

Das Angeführte kennzeichnet wohl zur Genüge den „Ständestaat“ unserer Landständler, die Herrschschafts- und Ausbeutungsgelüste unserer Dorfproleten. Sie haben eine Plattform gefunden, auf der sie neben ihren Trabanten, den Hakenkreuzlern, dem gemeinsamen Ziel entgegensteuern. Daß dieses Ziel ein Traum bleiben wird, dafür wird gejorgt a. l.

Wohnungsprovisorium sicher!

Frag. 15. Juni. Die heutige Sitzung der politischen Minister beschäftigte sich mit Finanzfragen und mit dem Wohnungsgesetz. Die entscheidenden Beschlüsse faßt der für morgen nachmittags einberufene Ministerrat. Es gilt als sicher, daß ein Wohnungsprovisorium beschlossen wird. Das entsprechende Gesetz und die Vorlagen über die Zuschläge zur Einkommensteuer und über die Befestener sollen dem Parlament am Freitag vorgelegt werden.

Lausanner Konferenz vor der Eröffnung.

Lausanne, 15. Juni. Im Hotel du Chateau fand heute nachmittags eine informelle Besprechung der sechs einladenden Mächte statt, an der deutscherseits der Reichskanzler und der Reichsaußenminister teilgenommen haben. Die Besprechung galt im wesentlichen den technischen Fragen der Konferenzvorbereitungen. Morgen vormittags findet eine öffentliche Eröffnungssitzung statt, bei der der schweizerische Bundespräsident Motta und der Präsident der Konferenz Anreden halten werden. Es wird allgemein angenommen, daß der Konferenzvorsitz Macdonald als dem Vertreter der Macht zu fallen wird, die die Konferenz angeregt hat. Im Laufe des morgigen Tages findet dann eine Zählungnahme der einzelnen Staatsmänner untereinander statt, während für Freitag vormittags die erste Sitzung mit materiellem Gegenstand anberaunt ist. Bei dieser Gelegenheit wird der Reichskanzler das Wort ergreifen.

Endlösung erst im Dezember?

Das „Journal des Nations“ behauptet, daß zwischen Herriot und Macdonald bezüglich der Reparationsfrage eine Einigung auf folgender Grundlage zusammengekommen sei: 1. Ein sofortiges provisorisches Moratorium bis zum Dezember 1932. 2. Die Einsetzung eines Sonderkomitees, das bis dahin die Einzelheiten eines Planes für eine Endlösung des Reparations- und des interalliierten Schuldenproblems prüfen soll.

Nur zehn Prozent?

Paris, 15. Juni. (Savas.) „Petit Journal“ teilt mit, daß Herriot in Genf erklären werde, Frankreich würde sein Heeresbudget um 10 Prozent herabsetzen, wenn sich die übrigen Staaten zu einer gleichen Herabsetzung ihrer Heeresbudgets verpflichten würden. Das Blatt spricht die Überzeugung aus, daß diese Bereitwilligkeit Frankreichs zu einer kühnen Abstrüfung einen bedeutenden moralischen Einfluß üben und eine erhebliche Beruhigung der Gemüter herbeiführen werde.

Die Veteranen-Belagerung Washingtons

Washington, 15. Juni. Die Lage in der Stadt ist wieder kritisch geworden, weil die Rationierungsmittel bei über 20.000 mittellosen Veteranen nicht mehr lange ausreichen. Die Regierung hat die freie ärztliche Behandlung der Veteranen eingestellt, mit der Begründung, daß hierfür weder ausreichendes Personal noch Geldmittel zur Verfügung ständen. Die Stadtverwaltung bietet allen Veteranen, die bereit sind, die Stadt zu verlassen, fünf Dollar und für einen Tag Lebensmittel.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Das ganz gut gelernt. Die hat noch andere Einnahmequellen als bloß unsern Alten. So ist mit jeder was. Bei Müllers ist der Vater krank, eine Schwester blind, im ganzen sind's glaube ich acht Kinder, von denen unsere die älteste ist. Was meinen Sie wohl, wie gerade dies Mädel unter den Umständen hier leidet? Sie geht laputt daran, jagt ich Ihnen. Ra und die Ganda, die fracht bloß alles zusammen, bis sie betrauen kann. Das Geld macht sie alle frei. Solange der Alte Geld hat, braucht er nichts zu fürchten. Wer will ihn auch anzeigen? Die Mädel haben sich alle viel zu viel mit ihm eingelassen und schämen sich. Er frägt das so schlau an mit seinen seidenen Strümpfen und billigen Pelzen, mit den Crepe de Chine-Hemden, die er ihnen für drei Mark das Stück läßt, daß sie gar nicht mal gleich merken, was er eigentlich will. Außerdem: steigt er ins Loch, so sind wir alle arbeitslos. Wollen Sie das vielleicht beantworten?

„Unter Umständen ja. Wenn ich mir überlege, wieviel Jugend hier verdorben wird, sittlich und geistlich! Wieviel Halbverwahrloste in ihrer gefühnten Entwicklung erlahmen und verdorren! Ich habe in den 5 Wochen, die ich hier bin, täglich meine 15 Stunden Dienst gemacht, kann nicht mehr in den Turnverein gehen und nicht mehr die Abendkurse in der Handelshochschule besuchen. Ich bin abends nicht mehr imstande, die Zeitung zu lesen, geschweige denn ein Buch. Meine Spannkraft läßt nach, meine Lebensfreude. Meine Energie, mich weiterzubilden und vorwärtszukommen, hört ganz und gar auf. Sie werden ja wissen, wieviel Menschen hier im Laufe der Jahre aus und ein gehen, wieviel Kaufleute, Arbeiterinnen, Rentnerinnen

und Stenotypistinnen wurmtüchtig gemacht werden fürs ganze Leben. Es ist doch Jugend, die erst geformt werden will, die im Begriff ist, gerade ihre Weltanschauung zu bilden. Was haben wir denn zu erwarten von Menschen, die durch die Hände eines Murawski gegangen sind? Und wenn es einen Murawski gibt, dann gibt es auch Hunderte, vielleicht Tausende. Was nützen da alle Bestrebungen zur Hebung der sittlichen Kraft unseres Volkes? Solche Arbeitgeber bedeuten eine Jugend-, eine Volksgesahr, die unabsehbar ist. Herr Maschke, welch ungeheurer Leidenskomplex allein ist damit vorhanden, welcher Verdächtigungen Unrats, dessen Ausläufer ganze Schichten unseres Volkes durchdringen. Wir müssen uns zusammenschließen. Ich habe ja keine Ahnung, wie man so etwas anstellt, aber es muß doch Mittel und Wege geben, diesen Murawski unschädlich zu machen.“

„Nein, das nicht auch uns selbst tröste. Darum lassen Sie mich um Gottes willen aus dem Spiele. Rechnen Sie nicht mit meiner Auslage, meiner Unterstützung. Ich schwöre Ihnen glott einen Meineid, denn ich bin verheiratet und hab für zwei Kinder aufzukommen. Mich zu allererst geht er an die Luft. Oder glauben Sie, daß es irgendeine amtliche Institution gibt, die mich vor Entlassung schützen kann, wo ich alle Monat meinen Kaptus früge und drei Tage im Rinnstein liege? Sie müssen bedenken, Murawski konnte mit dem halben Personal auskommen. Wer will ihn hindern, den Betrieb einzuschränken, überflüssige Angestellte abzuschicken? Ne, ne, mein Lieber.“

„Doch, Herr Maschke, ich glaube, daß uns geholfen werden kann. Als Einzelne sind wir ja wehrlos. Als Einzelne vermögen wir nichts auszurichten gegen Murawski's verbrecherische Übergriffe. Aber es gibt Gewerkschaften, es gibt Angestelltenorganisationen. Herr Maschke, Sie sind ein alter Angestellter; warum sind Sie nicht gewerkschaftlich organisiert?“

Die beiden stoben auseinander. Maschke ins Leihungszimmer, der Expedient an seinen Arbeitstisch. Dort markiert er schleunigst ein Gespräch mit dem Lager. „Nein, Sie können schließen, es ist nichts mehr hier.“

Maschke hier geblieben, zum Donnerwetter, wo steckt denn der Kerl?“ höre ich Murawski rufen.

Herr Maschke? „Nein, war nicht hier“, sagt der Expedient und spricht weiter in den Apparat. Ich zittere, daß Murawski mich erwischen könnte, hier im Backraum. Aber er stampft weiter. Er hat es auf Maschke abgesehen. Der kommt aus seinem Versteck heraus und huscht in die Buchhaltung zurück. Der Expedient geht nach der Disposition.

Ich folge ihm unbemerkt. Fräulein Müller drückt sich im Flur an mir vorbei mit niedergebückten Augen. Sie schwört in ständiger Furcht, ich könnte auf unser der-einstiges Gespräch zurückkommen. Aber ich werde sie nicht quälen.

Von meinem ersten Gehalt, dessen Ansehnlichkeit mir nicht die geringste Freude machen kann, beschiebe ich eine Annonce im Filmkavari und je eine auffällige Anzeige im Stellenmarkt sämtlicher Königsberger Zeitungen. Ich bekomme nicht ein einziges Angebot.

Auf dem Arbeitsamt sagt man mir: um Gottes willen eine gutbezahlte Stellung nicht aufgeben. Perfekte Stenotypistinnen bieten sich an für sechzig und siebenzig Mark, ein Gehalt, das allenfalls als Wirtschaftshilfe für den elterlichen Haushalt genügen mag.

Mein Zimmer allein kostet fünfundsiebzig Mark. Es ist eine heischende Manfarde. Ich fühle mich nicht mehr jung, nicht mehr widerstandsfähig und nicht mehr mutig genug, um die Not nicht zu fürchten.

So kammerte ich mich wieder an die Absichten der Phobus und nehme mir vor, so viel

wie möglich zu ertragen, um das Ziel zu erreichen.

Also ausharren, jonglieren, Kerben trainieren.

Es ist eine Qual, ein ewiges Anzusehen Vorbeistreichens.

Murawski umgiert mich wie ein hungriger Wolf. Stets tritt er einen Schritt zu nah an mich heran. Wo immer es sich ermöglichen läßt, streift er mich. Nie entgeht mir die Berührung seiner Finger, wenn ich ihm etwas reiche. Er atmet mich ein, wenn ich mit ihm spreche, er macht mir plumpe Komplimente und starrt mit überhangendem Blick auf meinen Mund.

„Reigen müssen Sie können...“ sagt er einmal und knirscht mit den Zähnen.

Wald wird es nicht mehr genügen, daß ich mich arglos stelle. Ich stehe lieber den Rücken einer Eigenmächtigkeit ein, lasse wichtige Post tagelang liegen, als daß ich mich in sein Zimmer wage, wenn ich ihn erregt weiß. Meine ganze Spannkraft bleibt darauf gerichtet, wie ich Murawski entgehe, für die Arbeit bleibt ein zerstückter Rest. Und ich liebe diese Arbeit, sie gönne mich ganz erfüllen! Wie fürchtbar, wie fürchtbar ist das, was mich immer wieder aus ihr herausjagt!

Am meisten hat der Buchhalter bei Murawski zu tun. Ich hänge mich an seine Rockschöße. Er grüßt verständnislos, sobald ich hinter ihm dreinschleife.

„Was wollen Sie?“ herrscht Murawski mich dann an, „Sie stören jetzt, kommen Sie nachher mit Ihren Sachen.“

Nur eine Kleinigkeit, nur schnell eine Unterschrift.“

„Dann geben Sie solange raus, Maschke.“ Aber Maschke ist eine gute Seele trotz Alkohol und Quaralbrausch. Er brummt etwas in sich hinein und bleibt.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Schuß ins Leere.

Das Innenministerium hat im Kampfe gegen die Vernunft wieder einen Sieg erlitten: es hat gegen die Zentrale der kommunistischen Jugend eine große Polizeiaktion eingeleitet und das einzig sichtbare Ergebnis sind zunächst die Niesenausschriften, unter denen die kommunistischen Blätter den Märtyrertrium ihrer Jugendbewegung sünden. Um die Ueberflüssigkeit und dem Ansehen der Demokratie schädliche Polizeiaktion erst voll zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, was diese kommunistische Jugend eigentlich bedeutete.

Der kommunistische Jugendverband war einmal eine achtunggebietende Macht, nämlich in den ersten Monaten, die der Spaltung des Verbandes der sozialdemokratischen Arbeiterjugend folgten. Die Kommunisten übernahmen den weitaus größten Teil der ehemals sozialdemokratischen Organisation, bald jedoch konnten sie nur noch spärliche Reste muster. Diesen völligen organisatorischen Zusammenbruch bemängelte die im Jahre 1923 erfolgte Auflösung des kommunistischen Jugendverbandes.

Seit der Auflösung des Verbandes wurden die wenigen Jugendlichen, die sich ins kommunistische Lager verirrt, direkt von der KPD betreut, die eine eigene Jugendzentrale eingerichtet hatte. Diese Jugendzentrale sorgte dafür, daß immer weniger zu betreuen blieb: fast allmonatlich wurden die Leiter gewechselt, bis man schließlich die unbrauchbarsten gefunden hatte. Deren Arbeit bestand darin, die kommunistische Presse hier und da mit Artikeln zu versehen, in denen behauptet wurde, die kommunistische Jugendzentrale stehe an der Spitze der proletarischen Jugendbewegung und sei berufen, die Revolution zum Siege zu führen. Ansonsten hat man in den Fikeln, die sich kommunistische Jugendgruppen nannten, manchmal verwickelte Rundschreiben ausgegeben, in denen eine sehr kräftige Sprache geführt wurde. Sie wirkte umso lächerlicher, als die völlige Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Jugendbewegung öffentliches Geheimnis gewesen ist. Daß es der Herr Slawik für notwendig hielt, mit schwerem Geschütz auf diese Späßen der Revolution zu schießen, ist für den Ungeißt bezeichnend, der im Innenministerium zu herrschen scheint. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß es alles darauf angelegt hat, der fast und krafllos gewordenen KPD neuen Verbestand zu liefern.

Die Hausdurchsuchungen in der kommunistischen Parteizentrale waren, wenn man Material finden wollte, das die Gefährlichkeit der kommunistischen Jugendbewegung dargetan soll, herzlich überflüssig und die „Einstellung der Tätigkeit der kommunistischen Jugendzentrale“ kann man zwar auf dem Papier verordnen, jedoch kann man kaum verhindern, daß die kommunistische Partei nach wie vor ein wenig Jugendbewegung spielt.

Die Maßnahmen, die das Innenministerium gegen die Kommunisten ergreift, mögen noch so unfinnig und überflüssig sein: sie schädigen doch das Ansehen der Demokratie und verschaffen den Kommunisten billigen Märtyrertrium. Der „Bestand des Staates“ war durch die politischen Spießchen der bedauernswerten Jungkommunisten nicht bedroht; immer mehr jedoch wird das Ansehen der Demokratie erschüttert und der Staat blamiert durch die Polizei des Herrn Slawik.

Es ist hoch an der Zeit, daß ins Innenministerium Vernunft und Geschick einkehre.

Gorgulow-Prozess wird verschoben?

Paris, 15. Juni. Der Mörder des Präsidenten der französischen Republik, Paul Gorgulow, hat heute die Rechtsbeschwerde gegen die Entscheidung eingebracht, durch die sein Ersuchen um eine neuerliche Ueberprüfung seines Geisteszustandes abgelehnt wurde. Er erklärt, die ärztliche Ueberprüfung des Rückenmarks sei nur ungenügend erfolgt, und fügt außerdem hinzu, seine legitime Gattin (eine Schweizerin) befinde sich im vorgeschrittenen Stadium der Schwangerschaft und er wolle gern die Verfolgung der Schwurgerichtsverhandlung bis zur Geburt seines Kindes. Die Beschwerde wird dem Obersten Gericht überwiegen. Für Gorgulow wurde zu diesem Zwecke ein dritter ex-offo-Vertreter bestellt.

Ehrung sozialdemokratischer Presse.

Dessau, 15. Juni. Am arbeitsreichen Landtag teilte heute Ministerpräsident Freyberg (KPD) mit, daß das Staatsministerium beschloffen habe, der gesamten sozialdemokratischen Presse Anhalt wegen ihrer feindseligen Haltung gegenüber der Reichs- und Staatsregierung den Antidiskredit-Karakter zu entziehen.

Zum Hunger noch Hohn und Spott?

Bürgerlicher Verleumdungsfeldzug gegen die Arbeitslosen Schärfste Zurückweisung durch Genossen Taub

Prag, 15. Juni. Am sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute in Gegenwart des Fürsorgeleiters Genossen Dr. Czich die Vorlage über die Abgabe für Arbeitslosenfürsorge beraten, welche die dringendsten Mittel vor allem für die produktive Arbeitslosenfürsorge sicherstellen soll. Was in der Generaldebatte von einzelnen bürgerlichen Rednern, unter ihnen namentlich von dem Agrarier Dubich, an „Argumenten“ und Vorwürfen gegen die bedauernswerten Opfer der Krise vorgebracht wurde, übersteigt alle Grenzen. Der folgende Auszug aus diesen Reden kann nur ein schwacher Abklatsch dessen sein, was alles herhalten mußte, um für die „Arbeitslosen“ der Arbeitslosen, ja für die „Verelendung“ der Gewerkschaften durch das Genier System als Beweis zu dienen.

Mit all diesen verlogenen Entstellungen, mit diesen nichtswürdigen Verleumdungen Tausender braver Arbeiter, die sich vergebens die Hände wunden, um nur irgend eine Arbeit zu bekommen, und die von der „fürstlichen“ Staatsunterstützung, die ihnen die nimmerlassenden Agrarier neiden, selbst das nackte Leben kaum weiterrufen können, rechnete Genosse Taub in einer von tiefster Empörung getragenen Rede ab. Er verurteilte dabei gründlich das Vorgehen von der unangehörlichen Belastung unserer Unternehmer durch die sozialen Lasten, wies die Angriffe auf die Gewerkschaften zurück, die unter der Last des Genier Systems fast zusammenbrechen, und wies vor allem jene Leute in die Schranken, die die kleinste Verfehlung, die irgendwo mit einer Ernährungsfrage im Wert von sage und schreibe zehn Kronen einmal vorkommen mag, als willkommenen Vorwand benützen möchten, um überhaupt mit dieser Einrichtung aufzuräumen, die, so unzureichend sie auch ist, doch für viele Tausende der letzte Rettungsanker, der letzte Schutz vor dem Verhungern ist.

Taubs Rede wird den Herrschaften auf bürgerlicher Seite wohl den Ernst der Situation klar gemacht haben. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokratie ihre schlagende Hand über die Krisenopfer hält, daß sie keine Ausnahmebestimmungen und keine Zwangsarbeit für Arbeitslose je zulassen wird, wie es die Agrarier gern hätten, und daß sie auch bei Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten im Herbst unter Einwirkung aller Kräfte dafür Sorge tragen wird, daß auch den Arbeitslosen in jedem Preis ein halbwegs menschenwürdiges Leben gesichert werde, ohne daß sie sich von bürgerlicher Seite ständig als Faulenzer und Arbeitscheur beschimpfen lassen müssen.

Referent über diesen Gegenstand war Genosse Zacherle, der an der Hand eines zahlreichen Materials aufzeigte, wie es gegenwärtig um die Arbeitslosigkeit bestellt ist und wie schwer sich die Wirtschaftskrise ganz besonders in einzelnen Gebieten ausgewirkt hat. Er stellte es als eine Pflicht des Staates hin, alles zu tun, was geeignet ist, die Not und das Elend der Arbeitslosen zu mildern.

Dubich (Ksp.) hält die Vorlage nicht für glücklich. Die Tendenz seiner Ausführungen ging dahin, daß derjenige, der in dem Genue einer Arbeitslosenunterstützung steht, zur Arbeit gezwungen werden soll. Den Aufwand für das Genier System trage fast vollständig die Staatsverwaltung; das Genier System habe sich überhaupt herausgehoben als eine „Sanierung der gewerkschaftlichen Organisationen“. Er verweist auf den „Mißbrauch“ des Genier Systems, macht den Minister für soziale Fürsorge verantwortlich für alle Fälschungen, die im Rahmen der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen bei der Durchführung des Genier Systems festgestellt wurden, und verweist ganz besonders auf einen Fall in Sternberg, der den Mißbrauch des Genier Systems durch einzelne Funktionäre des Bauarbeiterverbandes dargete. Er erhebt den Ruf nach einer durchgreifenden Kontrolle. Die Vorlage selbst erklärt er als eine „Bestrafung“ jener Arbeitgeber, welche mit ganz besonderer Anstrengung den Betrieb aufrecht halten.

Der Volksparteiler Koudnich hält es für einen Mangel der Vorlage, daß nicht ausgesprochen wird, wer der Unterstützung teilhaftig werden soll. Der Abgeordnete Cufik hält die produktive Arbeitslosenfürsorge für das wichtigste, der kommunistische Abgeordnete Vitka vertritt den kommunistischen Antrag, nach welchem auch Personen, denen aus der Verzinsung ihres Vermögens ein Einkommen von 6000 Kronen erwächst, in die Arbeitslosenunterstützung mit aufgenommen werden.

Der Nationaldemokrat Hobad hält die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Fassung für verfehlt. Die Vorlage unterscheidet sich wesentlich von dem Entwurf, der vom Ministerium für soziale Fürsorge seinerzeit ausgearbeitet wurde. In diesem Entwurf war feinerzeit eine paritätische Kommission vorgesehn, die weitreichende Vorschläge zur Durchführung der Kontrolle erhalten sollte. Die Kontrolle der Unterstellungen, auch zwar eine durchgreifende, hält er für eine unerläßliche Notwendigkeit. Es müsse mit allen Mitteln dahin getrachtet werden, daß die Beiträge, die zur Verfügung stehen, zweckmäßiger verwendet werden. Voraussetzung für die Verhän-

lung dieses Entwurfes sei, daß diese in der ersten Vorlage enthaltenen Maßnahmen wieder integrierender Bestandteil dieses Entwurfes werden und daß eine weitere Steigerung des Aufwandes auf einer anderen Seite verhindert werde.

Hobad versucht, in einigen Beispielen nachzuweisen, wie groß die Belastung der Industrie in der Tschechoslowakei sei. Er errechnet, daß die Industrie mit den letzten Maßnahmen mit 975 Millionen Kronen belastet ist. Wir müssen, erklärt er,

Genosse Taub rechnet ab:

Den Standpunkt unserer Partei in der Frage präzisierter Genosse Taub. Er nahm dabei die Gelegenheit wahr, um mit den unerhörten Angriffen, die gegen die Arbeitslosen und die gegen den Minister für soziale Fürsorge erhoben werden, gründlich abzurechnen. Er führte u. a. aus:

Die „drückenden“ sozialen Lasten

In dem vorliegenden Entwurf wird schon darauf verwiesen, daß wir einer der wenigen Staaten sind, in denen die Arbeitgeber zu Leistungen an die Arbeitslosen bisher nicht herangezogen wurden. Wenn man bedenkt, welche Leistungen die Arbeitgeber fast in allen anderen Staaten, mit ganz geringen Ausnahmen, für die Unterstützung der Arbeitslosen zu tragen hatten, daß in Deutschland der Beitrag der Arbeitgeber für die Arbeitslosenversicherung drei Prozent beträgt, daß in Österreich die Arbeitgeber rund 260 Millionen Kronen jährlich für die Arbeitslosenversicherung beizusteuern haben, dann erst sieht man,

welche Unsummen von Geld die Arbeitgeber in der Tschechoslowakei bisher an solchen Beiträgen erspart haben!

Es wäre nahelegend gewesen, daß die Arbeitgeber sich spontan bereitgefunden hätten, ansehnliche Beiträge für die Unterstützung der Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Wir haben aber nicht nur keine derartige Regung verspürt, sondern

wir müssen feststellen, daß eine Reihe von Unternehmern diese unerhörte Not, dieses schreckliche Elend der Arbeiterklasse, zum Anlaß nimmt, um schrankenlos diese Situation für sich auszunutzen! Man argumentiert jetzt damit, daß durch diese Vorlage die Wirtschaft „übermäßig belastet“ und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie behindert würde, und der Entwurf eventuell zur Folge haben könnte, daß noch weitere Betriebe gesperrt werden.

Demgegenüber muß darauf verwiesen werden, daß die gesamten sozialen Lasten, die die Unternehmer bei uns zu tragen haben, doch wesentlich geringer sind, als die sozialen Lasten der Industrieunternehmen in den angrenzenden Staaten.

Gewerkschaften verbluten am Genier System!

Die Angriffe, die gegen die Gewerkschaften erhoben werden, zeugen nur davon, daß die Herren sich garnicht dessen bewußt sind, welche unerhörte Aufgabe die Gewerkschaften in dieser schweren Zeit auf sich genommen haben!

Wir haben schon feinerzeit bei der Beratung der Genier Vorlage aus für die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß das Genier System in Zeiten wirtschaftlicher Depressionen sich nicht bewähren kann. Das ist durch die Erfahrung vollaus bestätigt worden. Wir haben eine Reihe von Gewerkschaften, ich nenne die Union der Textilarbeiter, den Verband der Glas- und Keramarbeiter und die Metallarbeiter, die derartige Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung aufbringen müssen, daß sie die ganzen tausenden Einnahmen aufzehren! Die Union der Textilarbeiter zahlte an Arbeitslosenunterstützungen im Jahre 1930 16 Millionen, und im Jahre 1931 37 Millionen Kronen aus. In den fünf Monaten des Jahres 1932 ist eine neuerliche außerordentliche Zielsetzung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen.

Das Genier System ist also keine Sanierung der Gewerkschaften, sondern es bringen die Gewerkschaften dabei die größten finanziellen Opfer, die sie natürlich für die Dauer nicht zu bringen vermögen.

Es wäre nur gerechtfertigt, in diesem Zusammenhang mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Sanierung der Gewerkschaften eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein muß.

Es wird von diesen Herren die Sache so aufgejäumt, als ob jemals irgendein Sozialdemokrat und vor allem der Minister für soziale Fürsorge gegen die produktive Arbeitslosenfürsorge gewesen wäre.

Es war aber gerade der Minister für soziale Fürsorge, der den Gedanken der produktiven Arbeitslosenfürsorge in den Ministerrat gebracht hat, und es ist dieser Minister, der unablässig einen Kampf darum führt, daß ihm die Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung gestellt werden.

Leider kann die Arbeitslosigkeit nicht durch die produktive Arbeitslosenfürsorge behoben werden. Es

„auch in der Sozialpolitik sparen“, es müsse unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß die vom Minister ernannte Kommission mit aller Beschleunigung die Koellierung fertigstelle. Von dem Fortgang der Verhandlungen der Kommission werde die Einstellung der Nationaldemokraten zu der Vorlage abhängig sein.

Taub (Gewerkspartei) sieht auf dem Standpunkt, daß ein Gesetz für die Beilegung der Arbeitslosigkeit notwendig wäre. Er wäre auch bereit, für zwei Milliarden zu stimmen, die ausgenommen werden sollen. Er beschäftigt sich mit der „Simulation“ in der Krankenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung und verlangt ebenfalls eine strenge Kontrolle.

müßte der Staat in der Lage sein, die hierzu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, da die Gemeinden und die Selbstverwaltungsorgane überhaupt von der produktiven Arbeitslosenfürsorge vielfach deshalb nicht Gebrauch machen können, weil ihnen die Mittel hierzu fehlen. Das ist allen Herren Parlamentariern außerordentlich gut bekannt.

„Mißbrauch“ der Unterstützungen?

Direkt empörend und aufreizend ist aber, in welcher Art über die Arbeitslosen da vielfach gesprochen wird. Einige wenige Verfehlungen, die da oder dort festgestellt wurden, möchte man gern generalisieren; man möchte gern die Arbeitslosen als einen Abscham der Menschheit hinstellen.

Wenn diese Herren, so wie wir, die Möglichkeit hätten, sich von der Not und dem Elend der von der Wirtschaftskrise heimgelesenen Geleite zu überzeugen — ich glaube nicht, daß ein einziger von Ihnen, der ein Herz im Leibe hat, dann noch geneigt wäre, in das Horn jener zu blasen, die für die Verfehlungen Einzelner die Gesamtheit verantwortlich machen und daraus gewisse Schlüsse auf die „Moral“ der Arbeitslosen ziehen wollen.

Die Herren werden sich noch daran zu erinnern wissen, wie man vor nicht allzu langer Zeit in den Zeitungen die Nachricht gebracht hat, daß angeblich in Lugbar ein Arbeitsloser zweihundert Ernährungskarten gehabt hat, wie in einem anderen Orte ein Arbeitsloser im Kartenspiel dreihundert Ernährungskarten verspielt hat. Es wurde sofort vom Ministerium für soziale Fürsorge festgestellt, daß diese Mitteilungen erlogen sind. Keines der Blätter hat aber den Anstand ausgedrückt, dieses Dementi zu bringen!

Der Herr Abgeordnete Dubich hat auf gewisse Einzelheiten hingewiesen, daß angeblich der oder jener Arbeitsloser beim Biertrinken gesessen wurde — ohne daß festgestellt worden wäre, ob sich der Arbeitslose das Bier selbst bezahlt hat oder ob ihn nicht einige Freunde freigehalten haben —, aus der Ernährungsaktion gestrichen wurde, und man hat allen Verstellungen, die nach der Richtung erhoben wurden, nicht Rechnung getragen.

Der Herr Abgeordnete Dubich hat auf gewisse Begebenheiten in Sternberg hingewiesen und auf gewisse Verfehlungen, denen sich Funktionäre des Bauarbeiterverbandes schuldig gemacht haben sollen. Es wird ja zweifellos festgestellt werden, inwieweit diese Angelegenheiten den Tatsachen entsprechen. Ueber das Vorgehen der Bezirkshauptmannschaft in Sternberg habe ich mich an Ort und Stelle zu überzeugen Gelegenheit gehabt. Ich habe am Sonntag an einer Bezirkskonferenz unserer Parteiorganisation in Sternberg teilgenommen. Es wurde dortselbst festgestellt, daß Sternberg für 548 Arbeitslose, die keine Unterstützung nach dem Genier System erhalten, vom Herrn Bezirkshauptmann gnädigst für vier Wochen einen Betrag von 19.500 Kronen zugewiesen erhalten hat. Der Bezirkshauptmann der Stadt hat in der dritten Woche den Herrn Bezirkshauptmann darauf aufmerksam gemacht, daß der Gemeinde nur ein Betrag von 2500 Kronen zur Verfügung steht, und daß sie außerstande ist, wenn ihr nicht noch ein Betrag von 13.500 Kronen zur Verfügung gestellt wird, die bescheidensten Ansprüche der Arbeitslosen für die nächsten 14 Tage zu befriedigen. Alle Vorstellungen haben nichts gefruchtet, der Herr Bezirkshauptmann beharrte auf seinem Standpunkt. Erst als eine Abordnung der Arbeitslosen bei ihm vorstach und ihm mit aller Deutlichkeit zu verstehen gab, welche Stimmung unter den Arbeitslosen herrscht, hat er sich gnädigst dazu bereitgefunden, 8000 K für die vier Wochen zur Verfügung zu stellen. In einer zweiten Gemeinde wurden von 40 Arbeitslosen zwei in der Ernährungsaktion befallen, und so geht es weiter. Nimmt es Sie da Wunder, wenn sich die Arbeitslosen ob dieses Vorganges Erregung und Empörung bemächtigt?

Der Ruf nach „Kontrolle“

Man ruft nach „Kontrolle“ und möchte gern den Minister für soziale Fürsorge für jede Verfehlung verantwortlich machen, der sich ein Arbeitsloser da oder dort schuldig macht. In Wirklichkeit wissen wir alle, daß die Bezirkshauptleute dem Herrn Minister des Innern unterstellt sind

und es ist uns auch allen bekannt, daß der Herr Minister des Innern in einer sonst nicht üblichen Weise bemüht war, im eigenen Wirkungskreis eine solche Kontrolle durchzuführen. Ob dieser Vorgang der Staatskontrolle dient, das ist ein Gedankengang, mit dem sich die Herren garnicht befallen, weil es sich eben um einen Sozialdemokraten handelt, der das Fürsorge-Reffort bemaltet.

Wir sind für Kontrolle, für gerechte Kontrolle. Wir sind aber nur dann dafür zu haben, daß die Arbeitslosen auf diese Art und Weise kontrolliert werden, wenn allgemein eine beratende Kontrolle durchgeführt wird, also auch bei allen Subventionen, bei allen Entschädigungen aus den verschiedenen Titeln und in allen Restfällen.

Unter keinen Umständen werden wir zugeben, daß irgendwelche Ausnahmestimmungen nur für die Arbeitslosen gerechtfertigt werden!

Herr Dr. Hodaj hat gewiss recht, wenn er darauf hinweist, daß zwischen der ursprünglichen Vorlage des Ministers für soziale Fürsorge und dem Entwurf, mit dem wir uns gegenwärtig zu beschäftigen haben, ein grundlegendes Unterchied besteht. In der Vorlage des Ministers war ein Anspruch des Arbeitslosen auf eine Unterbringung festgelegt, die K 4 — für den Tag und K 5 — für den Verbleib pro Tag betragen sollte. Es war auch dieser Betrag nicht hinreichend, aber es war wenigstens ein Anspruch, und es war da der Arbeitslose nicht irgendeinen Walfür aufgebracht. Die gegenwärtige Vorlage hat nur zum Zweck, die Mittel für die Arbeitslosenunterbringung zum Teile zu beschaffen. Es wird aber mit allem Nachdruck schon im Nachbericht darauf hingewiesen,

daß die Frage des Notstandes damit nicht erledigt ist, daß vielmehr das Parlament Gelegenheit bekommen wird, sich mit einer vom Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeiteten Vorlage, den Notfonds betreffend, zu beschäftigen.

Herr Kollege Zubich hat auf den Notfonds in der Landwirtschaft hingewiesen. Wir können es nicht leugnen, daß in der Landwirtschaft gegenwärtig ein schwerer Notstand besteht und wir haben dafür volles Verständnis, daß man bemüht ist, der landwirtschaftlichen Bevölkerung auch eine Hilfe zu bringen. Wir wissen, daß Kleinlandwirte und Häusler in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise außerordentlich leiden, und wir sind nicht nur bereit, ihnen zu helfen, sondern wir sind auch in dieser Frage initiativ vorgegangen. Aber wenn Herr Zubich als einen Beweis eines ganz außerordentlichen Notstandes hier angeführt hat, daß die Menschen draußen am Lande in einem bestimmten Dorfe eine Brotschüssel für zwei Kronen nicht kaufen konnten und daß sie den Preis dieser Brotschüssel mit Weizen bezahlt haben, so möchte ich demgegenüber darauf verweisen,

daß die Not der Arbeitslosen eine weit, weit größere ist. Sie wären die glücklichsten Menschen, wenn sie sich nur einmal im Tag sattessen könnten!

Wir sind der Auffassung, daß die Frage des Arbeitslosenproblems die wichtigste Frage ist, die die Regierung zu lösen hat, und es wird gut sein, wenn alle Vorarbeiten und Maßnahmen getroffen werden, um für die steigende Arbeitslosigkeit im Herbst gewappnet zu sein.

Die Generaldebatte wurde schließlich abgeschlossen, ohne daß das Datum der nächsten Sitzung anberaumt worden wäre. Inzwischen wird ein Siebenerausschuß der Koalition sich mit dieser Materie zu befassen haben, die natürlich mit den sonstigen Vorlagen des verminderten Vorberichtsprogramms in engstem Zusammenhang steht.

Die Kommunisten auf der Schaukel. Gegen den Berliner Polizeipräsidenten.

Berlin, 16. Juni. Im preussischen Landtag wurde der nationalsozialistische Antrag, der im Zusammenhang mit den Vorfällen beim Aufzug der Stageral-Boche in Berlin die Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten Grzejinski verlangt, mit 241 Stimmen aller übrigen gegen 152 Stimmen des Zentrums und der Staatspartei, angenommen. — Die Haltung der Kommunisten ist deshalb besonders schwach, weil die Berliner Polizei beim Aufzug der Stageral-Boche halbkreuzlerische Kaudalierer festnahm.

Für die preussischen Minister.
Der nationalsozialistische Antrag, sämtliche der sozialdemokratischen und der Staatspartei angehörenden preussischen Staatsminister wegen schuldhafter Verletzung von Verfassung und Gesetz vor den Staatsgerichtshof zu stellen, wurde mit 204 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Staatspartei und des Zentrums gegen 195 Stimmen der übrigen Parteien bei drei Enthaltungen abgelehnt. Die Abgabe der Reinstimmen durch die Kommunisten löste Lachen und Aufe bei den Nationalsozialisten aus: „Anbiederung an die SPD!“ Der Antrag hätte nach den bestehenden Bestimmungen auch bei seiner Annahme mit einfacher Mehrheit keine Wirkung gehabt, da zur Anklageerhebung vor dem Staatsgerichtshof die Zweidrittelmehrheit des Parlaments erforderlich ist.

Schüsse in der belgischen Kammer.

Brüssel, 15. Juni. Von der Tribüne der Kammer wurde kurz nach Beginn der Nachmittagsitzung ein Revolverbeschuss in der Richtung der sozialistischen Bänke abgegeben. Niemand ist verletzt. Es gelang den Täter sofort festzunehmen.

Belämpfung der Arbeitslosigkeit durch öffentliche Arbeiten.

Antrag auf Landesleihe in der böhmischen Landesvertretung.

In der böhmischen Landesvertretung sprach gestern in der Debatte über die Landesfinanzien Senator Dr. Strauß. Er führte u. a. aus:

Es ist im Augenblicke sehr notwendig, daß in der Landesvertretung über die Finanzen der Selbstverwaltung gesprochen wird, da die Selbstverwaltung wie die öffentliche Verwaltung überhaupt von der schweren Krise der Wirtschaft empfindlich betroffen ist. Wir haben der Tatsache gegenüber, daß die früher so viel gerühmte Initiative der sogenannten starken Individualitäten versagt hat und es wird der momentane Ausweg darin erblickt, daß die Wirtschaft von den öffentlichen Körperschaften aus belebt werden muß. Da die Beschäftigung besteht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im nächsten Winter noch ärger sein werden und die Zahl der Arbeitslosen noch größer sein wird, als im vergangenen Winter, müssen wir

alles tun, um wirksame Maßnahmen gegen die Krise zu treffen und so unsere Pflicht als Vertreter der in arger Not befindlichen Bevölkerung zu erfüllen.

Wir können das nur tun, wenn wir die bestehende Entwicklung, die dahin geht, den Umkreis der öffentlichen Wirtschaft zu erweitern, fördern, zumal auch bürgerlich eingestellte Wirtschaftstheoretiker zugeben müssen, daß eine neue Wirtschaftsordnung im Werden begriffen ist, in der die Funktionen der öffentlichen Körperschaften viel bedeutsamer für das Leben der Menschheit und deren Wirtschaft sein werden, als heute. Angesichts dieser Sachlage müssen wir uns fragen:

was muß geschehen, damit das Land Böhmen und damit auch die niederen Selbstverwaltungskörper die Krise wirksam bekämpfen können?

Vom Lande aus wird schon durch die Aktion betreffend den Ausbau von Bezirksstrassen, die wir bereits behandelt haben, Arbeit geschaffen werden. Wir müssen aber auch trachten, daß das Land Böhmen die geplanten im Budget für 1932 vorgesehenen Investitionen im vollen Ausmaße durchführt. Dazu ist eine größere Anleihe notwendig. Das Land Böhmen wird die Anleihe erhalten, weil es eine geregelte Finanzwirtschaft hat, weil sein Schuldenstand gering und sein Realbesitz außerordentlich groß ist. Deswegen stelle der Redner den Antrag das Landesfinanzreferat möge diese Frage ernstlich prüfen, sobald als möglich Bericht erstatten und zugleich mit dem bezüglichen Antrage der Landesvertretung ein Investitionsprogramm vorlegen, wobei auf die von der Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Gebiete Rücksicht zu nehmen ist.

Wir dürfen aber nicht nur an das Land denken, sondern auch an die Bezirke und Gemeinden. Leider stehen diese

den Aufgaben des nächsten Winters mit leeren Taschen gegenüber.

Die launselige Einhebung der öffentlichen Abgaben hat zu Steuer- und Umlagenrückständen in der Höhe von Milliarden geführt, die überhaupt nicht mehr einbracht werden können. Dazu kommt die unglückliche Regelung der Finanzen der Selbstverwaltung im Jahre 1927, welche der finanziellen Freiheit der Gemeinden und Bezirke ein Ende gesetzt hat. Die Idee des Ausgleichsfonds ist vollständig gescheitert und ebenso ist der 1930 geschaffene Landesfonds nicht instande den Selbstverwaltungskörpern ausgiebig zu helfen. Während die Ansprüche der Gemeinden und Bezirke nach dem errechneten Schlüsse 1931 noch zu 49 Prozent befriedigt werden konnten, werden die Gemeinden heute nur 30 Prozent, die Bezirke gar nur 18 Prozent bekommen. Selbst der Landesausgleichsplan mit dem Landespräsidenten müssen in einem Gutachten zugeben, daß die Gemeinden und Bezirke ihre Verpflichtungen nicht erfüllen und nicht einmal das bezahlen können, wozu sie durch den Spruch der Gerichte verurteilt worden sind.

Dieser katastrophalen Entwicklung dürfen wir Funktionäre des größten Selbstverwaltungskörpers der Republik nicht tatenlos zusehen. Wir dürfen nicht den Vorwurf auf uns laden, daß unsere Demokratie versagt.

Die Demokratie kann nur bestehen, wenn sie den Massen des Volkes in seinen Nöten hilft. Läßt sie Millionen zugrunde gehen, dann wird sie selbst untergehen.

Die Demokratie von heute muß daher die in der Entwicklung liegenden Kräfte fördern, eine Entwicklung, welche in der Wirtschaft die Entscheidung von Einzelnen auf die Gesamtheit überträgt. Der Sieg einer planmäßigen solidarischen Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit läßt sich nicht aufhalten, der Sieg über eine Gesellschaftsordnung, die gerade in unseren Tagen unermessliches Leid über Millionen gebracht hat.

Die Sitzung war fast vollständig der Verhandlung des Landesrechnungsschlusses für das Jahr 1931 gewidmet, zu der fast alle Parteien Redner in die Debatte traten. Dem deutschen Nationalsozialisten Ing. Gehaner erlos der Vorsitzende nach zweimaliger Ermahnung das Wort, als er über die „Weltspott“-Affäre sprach. In Verlauf der Sitzung wurde über die gestern verhandelten Tagesordnungsvorstände abgestimmt, die im Sinne der Anträge des Landesausgleichsfonds angenommen wurden. Darunter befindet sich der von uns gestern angeforderte Beschluß auf

Übernahme der Landesgarantie für Anleihen der Bezirke zu Zwecken des Strochobaus. Heute wird die Sommeraktion der Landesvertretung beendet.

Die Wahrheit über die Schüsse in der Slowakei.

Die Gendarmerie verhält sich zum Streik nicht neutral.

Wir haben bereits bei der Wiederholung der Meldungen des tschechoslowakischen Verhältnisses über die Schießereien in der Slowakei die Ueberzeugung ausgesprochen, daß sich die Vorfälle in ganz anderer Form abgepielt haben und daß die amtlichen Nachrichten trübsinnig sind. Unsere Annahme wird durch die Mitteilungen bestätigt, die unser nach Cervena Stola entsandter Berichterstatter sendet:

Die Gendarmerie verhaftete am Donnerstag früh den Sekretär Juras aus Brejovo ganz offensichtlich zu dem Zweck, sich ein Alibi für die Schießereien zu verschaffen. Juras hat nichts anderes getan als die Tagelöhner am Bau aufgefordert, bei einem Lohn von nur 2.10 Kronen zu streiken. Das ist wohl trotz dem Schußgesetz erlaubt: die tschechoslowakische ist noch lange nicht ein Staat der Unternehmer. Durch die Verhaftung hat die Gendarmerie bewiesen, daß sie sich zum Streik nicht neutral verhält.

Daß es zum Sturmgehen kam, ist zum größten Teil die Schuld der Gendarmerie. Sie mußte die Eigenart der dort ansässigen Arbeiterbevölkerung kennen und hätte ihre Maßnahmen darnach einrichten müssen. Statt dessen hat sie gemeinsam mit dem Bezirkshauptmann und der Gewerbeinspektion die U-

nternehmer mit Stachhandlöhnen angefaßt und dadurch die ohnehin reizbare Arbeitererschaft erst recht herausgefordert und beunruhigt. Auch die Staatsbahn hat das Vorgehen der Unternehmer gedeckt. — Man wollte die Gewerkschaftsfunktionäre zu den Verhandlungen nicht zulassen und reizte dadurch die bei der Bauverwaltung verkommene Menge, die schon stundenlang auf das Ergebnis der Verhandlungen gewartet hatte. Drei von den achtzehn Gendarmen begaben sich von hinten in das Gemeindehaus, wo die Kommission saß. Dabei blieb einer in einem Zaun hängen. Seine zwei Kameraden, die sich der Menge gegenüber, rückwärts grundlos und die Menge ging nun, offenbar infolge eines Mißverständnisses, in der Richtung auf die Gendarmerie vor. Der anwesende Gendarmeriehauptmann ließ ohne Ursache einen Angriff auf die Menge unternehmen, die ins Dorf gejagt wurde. Sie wehrte sich gegen das brutale Vorgehen, so gut sie konnte, mit Steinwürfen aus den Höfen der einzelnen Holzhäuser. Da wurde das Kommando zum Schießen gegeben. Die Gendarmen schossen blindwütig in zwei Gassen, an denen nur Holzhäuser stehen. Dabei drang eine Kugel durch ein Holzwand und tötete den Arbeiter Chlabovik, der gerade sein langes Mahl bereitete.

Dieser Bericht weicht also von der amtlichen Darstellung wesentlich ab.

Hafenkreuz-Theaterstandal.

Kassel, 15. Juni. Bei der gestrigen zweiten Aufführung des englischen Schauspielers „Die Waterloo-Brücke“ im hiesigen Kleinen Theater wurde inmitten des vierten Aktes von nationalsozialistischer Seite eine Protestkundgebung gegen dieses ausländische Bühnenstück veranstaltet. Ein Nationalsozialist hielt eine Ansprache, in der er den Protest, der sich gegen „den ausländischen Schund“ richtete, begründete. Ein Schauspielervorsteher, die Aufführung des Stückes zu rechtfertigen, drang aber gegen die Protestkundgebungen des Publikums nicht durch, so daß der Vorhang fallen mußte. Unter Ab-

schließung des Post-Wesfel-Viedes leerte sich das Theater.

Gregor Strassers Prozeßschulden.

Otto Braun pfändet das Honorar für Strassers Rundfunkrede.

Berlin, 15. Juni. Das Büro des Rechtsanwalts Otto Landsberg hat der deutschen Welle G. m. b. H. ein Zahlungsverbot gegen Gregor Strasser zu stellen lassen, um das Honorar, das Gregor Strasser aus seiner Rundfunkrede zulehrt, für Ansprüche pfänden zu lassen, die Ministerpräsident Otto Braun aus einer Strafsache gegen Gregor Strasser auf Erstattung von Kosten hat.

Der Schrei nach dem Henker.

Der agrarische „Becker“ ruft „die zuständigen Faktoren zur Verantwortung“, weil kein Henker da ist!

In wenigen Zeilen schreibt der „Becker“ auf den Boulevard seinen Schmerz hinaus, daß es in der Republik bereits an ein Halbhunderzt zum Tode Verurteilten gibt — „aber Henker ist keiner da!“ Das sei ein unerträgliches Zustand. Die Republik, Recht, Sicherheit und Moral seien in höchster Gefahr, wenn man mit der Hinrichtung dieser zum Tode verurteilten Mörder noch länger warte. Justizminister Reichner lade schwere Schuld auf sich, indem er nichts gegen diesen „unerhörten und unmöglichen Zustand“ unternehme. Es sei schon allzulange her, daß Braumarisch vom Amte suspendiert wurde, ohne daß der dringend notwendige Ersatz geschaffen wurde.

Dieser Schrei nach dem Henker überschlägt sich an folgender Stelle:

„Unser allzeit würdiger und mit gesundem Verstand ausgezeichnete Senator J. J. Krojber beantragte seinerzeit, die Todesstrafe möge abgeschafft werden, aber nur in solchen Fällen, in denen ein Gegner der Todesstrafe ermordet wurde.“

Damals ließen die linken Elemente aus jüdischer Angst ein großes Geschrei los und entfesselten einen Sturm gegen diesen doch gewiß völlig logischen Antrag.“

Man weiß wahrhaftig nicht, worüber man sich mehr wundern und empören müsse: über den Zynismus des Paters (!) Krojber oder über die Niedertracht des agrarischen Artifelnschreibers, der allerdings nicht nur der parteipolitischen, sondern auch der kirchlichen Absolution sicher ist, da er ja eben seine Argumente von einem Gefährten des Herrn, von einem Diener jener Kirche bezieht, die das „Du sollst nicht töten“ zu ihren obersten Gesetzen zählt, sich aber freilich selber nur dort daran gehalten hat, wo es ihr im Laufe der Jahrhunderte paßte. Der „Wip“ des Paters Krojber paßt in die Zeit der Inquisition, der Hexenprozesse und kirchlichen Scheiterhaufen und in die Ära jener Diener der Kirche, die mit kaltem Blute rädern, verteilen, spießen und verbrennen ließen. Hinter der blutigen Ironie, mit der der krojbersche Antrag nur die Mörder von Wegener der Todesstrafe vom Gelben befreien will, hinter dieser jesuitischen Logik steht eben groß und fürchterlich das nichtsausgesprochenen Priesterwort: Per mit dem Henker! Wenn das nicht paßt, der möge sich mit dem Verprechen begnügen, daß man, wenn er selbst ermordet werden sollte, seinen Mörder mit Vergnügen werde töten lassen.“

Man braucht sich wahrhaftig nur jene Gesinnung vor Augen zu halten, die aus dem katholisch-geistlichen „Antrag“ des sicheren Paters Krojber und aus dem Blutgeschrei des „Becker“ spricht, um zu wissen — ganz abgesehen von den tausendmal erhärteten Argumenten gegen die Todesstrafe — auf welcher Seite die niedrigen Instanzen, die gleiche Furcht und der Wunsch nach Wiedergeburt mittelalterlicher Zustände, auf welcher Seite das Streben nach freierer, würdevollere Menschlichkeit, der Gedanke der Erziehung der Menschheit steht.

Es ist nicht weiter entsetzlicher Hohn, wenn die agrarische Presse, deren Wortführer, soweit es auf sie ankäme, die Arbeitslosen verhungern lassen, ihren Schrei nach dem Henker, so wie es der „Becker“ tut, „sozial“ begründen wollen, indem sie die niedrigsten Instanzen auch dadurch zu entsetzen suchen, daß sie sagen: schi her, für die zum Tode Verurteilten sorgt der Staat, verpflegt sie auf Kosten der Allgemeinheit, während er nicht genügend Geld hat, um die unschuldig Arbeitslosen zu speisen!

Mit der Hinrichtung von fünfzig Reichern will der „Becker“ sein Teil zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Das heißt, da diese Herren dem Volk das Brot nicht geben können, wollen sie wenigstens Spiele für es veranstalten, Spiele, gegen die der Gladiatorenkampf in den römischen Arenen vor zweitausend Jahren fast verblaßt: jede Woche soll einer am Galgen baumeln; fünfzig Wochen hindurch, ein Jahr hindurch — das wäre so das Bild, in dem die agrarischen Kulturträger und Staatsverwalter die Not unserer Zeit blutig übermolen könnten!

Abförmlich und verwerflich! Aber geädelt durch kirchliche Würdenträger vom Schlage des Paters Krojber!

Polnisch-Danziger Zwischenfall.

Danzig, 15. Juni. In offenkundiger Verletzung der Bestimmungen, die für das Anlaufen polnischer Kriegsschiffe im Danziger Hafen gelten, ist heute früh gleichzeitig mit den englischen Torpedobooten das polnische Kriegsschiff „Wicher“ in den Hafen von Danzig eingelaufen, ohne sich vorher beim Danziger Senat angemeldet zu haben. Ferner hat der Kommandant der „Wicher“ bei dem englischen Flottenkommandeur innerhalb der Danziger Hoheitsgewässer einen Besuch abgestattet. Der Senat hat nach dem vorher nicht angemeldeten Einlaufen des polnischen Kriegsschiffes „Wicher“ sofort die nötigen Schritte unternommen und bei den polnischen Behörden interveniert. Der Senat ist benachrichtigt worden, daß das Schiff Anweisung bekommen hat, unverzüglich den Hafen von Danzig zu verlassen.

Matuschla vor dem Wiener Schwurgericht.

Wird das furchtbare Geheimnis des Massenmörders gelüftet werden?

Wien, 30. Juni (Abg. Ber.)

Am Mittwoch begann vor dem Schwurgericht in Wien der Prozeß gegen den Mann, dessen graverbolle und heute noch unverständliche Verbrechen Europa mit schmerzendem Entsetzen erfüllt haben — der Prozeß gegen Silvio Matuschla. Ist Matuschla ein Narr oder ein abgefeimter Schurke, der nur den Narren mimt? Heute noch, da der Prozeß eben beginnt, da die psychiatrischen Gutachten und die Protokolle der Verhöre mit Matuschla zu einem fast unübersehbaren Berg von Akten angewachsen sind, ist dieses Geheimnis ungeklärt. Wird der Prozeß das Rätsel Lösung bringen?

Der Anschlag auf den Wien—Fassau-Expreß.

Am 30. Jänner dieses Jahres ereignete bei Knjshof in Niederösterreich der Sprengzug Wien—Fassau. Nur durch einen glücklichen Zufall waren keine Menschenleben zu beklagen. Die Untersuchung ergab, daß ein Verbrecher die Entgleisung herbeigeführt hatte, indem er eine schwere Eisenranne an die Schienen schraubte. Alles Suchen der Polizei blieb vergeblich; man konnte wohl feststellen, wo der Verbrecher die Ranne und das Werkzeug, mit dem die Tat verübt worden war, gekauft hatte —, von dem Verbrecher selbst aber keine Spur.

Das Mordmahl von Jüterbog.

Ein halbes Jahr später — der tragische Anschlag von Knjshof war noch unversehrt — durchlief eine Schreckensnachricht Europa: am 8. August um 10 Uhr abends ereignete bei Jüterbog bei Schwellinghagen ein Verbrechen. Eine furchtbare Explosion hatte den Unglückszug aus den Schienen gehoben und der Länge nach hingeworfen. 109 Menschen blieben verlegt, an der Unglücksstätte. In der Nähe der Stelle, an der die Explosion erfolgt war, fand man einen Toten, Mordwunden und ein Stück der nationalsozialistischen Zeitung „Der Angriff“, aber über dem Toten keine Beschriftung und keine Notizen mit Worten wie: „Attentat, Revolution, Sieg.“ Mit fieberhafter Hast arbeitete die Polizei ganz Europas an der Aufklärung dieses neuen Schreckensfalls, deren Zusammenhang mit dem Anschlag von Knjshof von Anfang an vermutet wurde. Aber alle Mühe blieb vergeblich; auch das Attentat von Jüterbog blieb in unentwirrbarer Dunkel gehüllt.

Die Schreckensnacht von Via Torbago.

Da, kaum fünf Wochen nach dem Verbrechen von Jüterbog, jagte der Telegraph eine neue Schreckensnachricht durch die Welt, welche die von Knjshof und Jüterbog völlig in den Schatten stellte: am 15. September, knapp vor Mitternacht, wurde bei der ungarischen Paphstation Via Torbago der Schnellzug Budapest—Wien in die Luft gesprengt. Von dem ganzen Zug blieb im höchsten Sinne des Wortes nichts übrig als ein Trümmerhaufen, der 27 zur Unkenntlichkeit verblutete Leichen und eine Anzahl Verletzte deckte. Die Explosion war in dem Augenblick erfolgt, als der Zug über eine Brücke raste, die Lokomotive und die sechs ersten Waggons wurden durch die Wucht der Explosion tief hinunter ins Tal geschleudert. — Und wieder fand man in der Nähe der Unglücksstelle Probe- und Leichenbahnen und mit mirren Phrasen beherrschte Zettel. Kein Zweifel konnte bestehen: das Ungeheuer von Via Torbago und der Verbrecher von Jüterbog und Knjshof waren ein und dieselbe Person.

Ein Mörder wird eingekreist.

Unter den Verdächtigten, die sich nach dem Attentat von Via Torbago meldeten, war ein vierzigjähriger Mann — Silvio Matuschla. Er gab bereitwillig eine ausführliche Schilderung des Zugunglücks, dem er angeblich zum Opfer gefallen war und wies mit auffälliger Wichtigkeit immer wieder auf seine eigenen sehr unbedeutenden Beziehungen im Gesicht hin. Diese „Beziehungen“ waren der ungarischen Polizei schon von Anfang an ziemlich verdächtig erschienen, da es fast den Anschein hatte, als habe sie sich Matuschla selbst angesehen. Aber da man einzuweisen mehrere Indizien gegen ihn nicht finden konnte, ließ man Matuschla nach einem kurzen Polizeiverhör, in Budapest frei und schickte ihm die Rückfahrkarte nach Österreich. Während der „Reise“ von Via Torbago nach Wien, sammelte die Polizei in Berlin, Budapest und Wien heimlich, aber mit fieberhafter Anstrengung neues Material gegen ihn und am 7. Oktober war der Ring der Indizien um Matuschla so fest geschlossen, daß die Wiener Polizei zur Verhaftung überreden konnte.

Matuschla spricht.

Matuschla spielte den gekränkten Ehrenmann und mimte Verzweiflung und Empörung über das „Unrecht“, das ihm angetan wurde. Aber als sich zehn Tage später der Krafwagenführer meldete, der den Attentäter von Knjshof in die Nähe der Attentatsstelle gefahren hatte und Matuschla einverleibt als einen Fahrgast von damals wiedererkannte, als einen Zug später die Frau des Sprengmeisteres errietet wurde, bei dem Matuschla das Gestalt für die Verbrechen von Knjshof und Via Torbago gekauft hatte, und als schließlich Matuschla das Gestalt des Mannes ihres Mannes Eugen Strauß, da brach der Verhaftete zusammen und legte ein unfaßliches, wenn auch vollkommen verantwortliches Geständnis ab. Er gab zu, sowohl den Anschlag von Knjshof, als auch die gräulichen Verbrechen von Jüterbog und Via Torbago verübt zu haben.

Epilog der Verbrecher Komödie?

Der Schluß an den furchtbaren Ehrenraub-Anschlüssen des Jahres 1931 war gefeiert. Das wahre

Geheimnis aber — das Motiv dieser Schreckens-taten — blieb ungeklärt und konnte bis zum heutigen Tage nicht gelüftet werden. Matuschla sprach, so oft man ihn über das Motiv einer Verbrechen befragte, nur zusammenhängende, ausweichende Worte und meinte häufig, er habe „die Reinheit erkläre“ wollen, er sei „geleitet“ worden, um ein „neues“ Führer der Menschheit zu werden“ und habe die Absicht gehabt, durch eine Verbrechen die Aufmerksamkeit der Menschheit auf seine „Sendung“ zu lenken. Das psychiatrische Gutachten und die Zeugenaussagen werden zeigen, ob Matuschla, der auch im Untersuchungsgefängnis tonlosamen den Religionswahnungen mimte, wirklich ein Jesuitentum ist, oder ob er doch eine raffiniert erdachte Komödie spielt, um der Strafe für seine Verbrechen zu entgehen.

Reichgardist Matuschla?

Silvio Matuschla, der grauhaarige „Zoo“ des jenseitigen Wiener Prozeszes, zu dem die Verleumdung fast aller großen Blätter der Welt nach Wien gekommen sind, ist am 24. Jänner 1892 im heutigen Jugoslawien in dem Orte Obantale als Sohn eines Gemischtwarenhandlers geboren. Er besuchte das Gymnasium und dann die Lehrerbildungsanstalt, wurde Lehrer und machte als Oberlehrer den Weistieg mit. Nach dem Umsturz kam er mit seiner Frau aus Budapest nach Wien — er hatte inzwischen aus irgendeiner dunklen Quelle ein namhaftes Vermögen erworben —, erwarb hier mehrere Häuser und betrieb ein Realitätengeschäft und einen Viehbelaghandel. Matuschla sieht übrigens in dringendem Verdacht, in der Zeit der Konterrevolution vorwärts in Ungarn als „Bambenführer“ in einem feiner reichgardistischen „Erdmannsdetachement“ tätig gewesen zu sein, die durch ihre grausamen und blutigen Sozialisten-massaker weltberühmt geworden sind. — Was der Prozeß von Wien, auf den die Augen der ganzen Welt gerichtet sind, die Schleiher von dem furchtbaren Geheimnis des Silvio Matuschla wegheben? —

Matuschlas Verteidigungsrede.

Jezinn und Verbrechen, Nationalismus und Merkantilismus.

Wien, 15. Juni. In der heutigen ersten Verhandlung schilderte Matuschla seine Lebensläufe im Kriege. Noch heute höre er den Ruf: „Sprigen!“ (Das Kommando zum Feuern.) Im Kriege war er Kommandant einer Sturmabteilung. „Und dort liegt der Fehler!“ rief er dabei meidend aus, „daß ich in einem Zustand gekommen bin, und daß man mit heute Strafmehrung vorwirft!“ Er erhielt die silberne Tapferkeitsmedaille II. Klasse und das Eiserne Kreuz. Nach dem Kriege habe er geheiratet. Er sei damals Kommandant einer Schutzkompanie in Cantabrig gewesen, welchen Ort er verlassen habe, als er jugoslawisch wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er jemals in Paris gewesen sei, erklärte Matuschla: „Mein Eindruck ist der, daß ich nicht dort war!“ 1927 kam Matuschla zum erstenmal nach Wien. Er erzählt, wieder wiederum nach Wien gekommen zu sein, weil er hörte, daß man dort billige Häuser kaufen könne und er sich doch mit Hauskauf und Verkauf beschäftigte. 1928 sei er nach Wien überflogen. Später habe er auch das Weingut Tonantaria angekauft.

Nicht gefallen habe ihm in Wien der „Atheismus“. Die Stephanskirche, die schönste Kirche in Europa, sei immer von 8 bis 12 Uhr, wenn alle Messen gelesen werden, leer. Wien sei eine sündige Stadt.

„Ich war von meiner Geburt an bis heute immer Sonntag in der Kirche.“

Es schone Kirchen sind in Wien und alle sind leer und das hat mich sehr aufgeregt.“ Matuschla erwähnt jedoch die

Bildung einer Krippe

für die Kirche eines Leinwandfabrikanten. Er glaube, keine Sünden würden ihm vergeben werden. Dann erzählte Matuschla eine lange Geschichte von einem Geist, den er Leo nannte. Als er einmal im Felle schlief, kam die Erscheinung, ein Mann ohne Haare, mit kaltem Gesicht, in sein Zimmer und sagte ihm: „Du hast die Krippe zu bauen gemacht, du wirst ein sehr berühmter Mann werden und du wirst ein Attentat verüben.“ „Das war für mich“, sagt Matuschla, „sein Brief, sondern ich habe eingesehen, daß der Geist nicht da war. Der Geist wiederholte die Worte: Du wirst ein berühmter Mann werden und du wirst gegen die Arbeiter kämpfen.“ Auch sagte der Geist: „Es gibt so viel Arbeitslosigkeit in Österreich, Ungarn und Deutschland und du, Matuschla, wirst Arbeit schaffen.“ Während eines Jahrs nach Budapest sagte ihm der Geist: „Du wirst einen Zirkel gründen und Attentate begehen und alle Eisenbahnstationen der Welt werden erschrecken. Man wird die Leute dadurch zwingen, bei allen Bahnen die Elektrifizierung durchzuführen.“ Matuschla kam dann auf ein angebliches Patent der Fernleitung von Eisenbahnhängen zu sprechen. Bisher habe er nichts davon gesagt, damit es die Journalisten nicht erfahren, aber heute solle alles eine große Sensation werden. Auch dem Untersuchungsrichter und der Polizei habe er von seiner Erfindung nichts mitteilen wollen. Matuschla erklärte weiter, das Attentat von Knjshof habe nicht viel Unglück anrichten, aber großes Aufsehen erregen und ihn berühmt machen. Daß Menschen dabei umkommen, sei nicht seine Absicht gewesen.

Matuschla will Arbeiterführer werden.

Als der Vorsitzende den Angeklagten fragt, ob er sich schuldig bekannte, antwortete Matuschla: „Ich bekannte mich schuldig und auch nicht. Der Vorsitzende: Bekennen Sie sich schuldig im Sinne der Anklage? Matuschla: Ja! Als der Vorsitzende dann fragt, ob es wahr sei, daß er einmal erzählt habe, er könne sich nichts Schöneres vorstellen als eine große Explosion im Dantein, antwortet er, er könne sich nicht daran erinnern. Matuschla glaubte, so erzählte er weiter, daß ihm Gott in seinem Kampfe gegen den Atheismus und bei seinem Plan, eine Schwereingehörten zu gründen, helfen werde. Als der Vorsitzende fragt, wann Matuschla seine Patienten erstanden habe, erklärte dieser, vor zwei oder drei Jahren. Auf die Frage, ob Matuschla seine Patienten angemeldet habe, antwortet er: „Nein.“ Matuschla sagte weiter aus, er wolle durch das Attentat den Arbeitern Arbeit verschaffen, die Arbeiter brauchten die Arbeit und seine Arbeitslosenunterstützungen, das sei eine schlechte Politik in Österreich. Er, Matuschla, werde ein Arbeiterführer werden und wenn er auch 30 Jahre abstrafen müßte. In Belgien werde er Minister werden. Im weiteren Verlaufe schildert er dann in schreiendem Tone die Vorgänge beim ersten Attentat und betonte immer wieder, daß er damals nur eine leere Demonstration ausgeführt habe und daß er hauptsächlich die Presse aufmerksam machen wollte. Dann wendete sich das Verhör den Einzelheiten zu, die das Attentat bei Knjshof betreffen. Matuschla wendet sich sehr oft zum Publikum und betrachtet mit großem Interesse die Presseleute. Während des weiteren Verhörs wird Matuschla plötzlich verwirrt, flüchert unverständlich vor sich hin und bittet um einen Sessel, worauf dann der Vorsitzende eine Pause einleitet.

„Nationalsozialist Matuschla“.

Im weiteren Verlauf des Verhörs kam die Rede auf das Attentat von Jüterbog. Als ihm der Vorsitzende vorhielt, ob er nicht daran gedacht habe, daß ein großes Unglück geschehen könnte, rief Matuschla verwundert: „Rein, gar nichts, dachte ich, werde geschehen, weil dort ja Sand war.“ Die Nummer des nationalsozialistischen „Angriffs“ habe er deswegen am Attentatsort niedergelegt, weil er der nationalsozialistischen Partei am nächsten stehe, doch könne er sich ihr nicht anschließen, da er nicht judenfeindlich sei. Schließlich wurde der Anschlag auf den Wiener Schnellzug nach Via Torbago besprochen. Auch in diesem Falle habe ihn, so behauptet Matuschla, der Geist Leo die Idee dazu eingegeben. Als der Vorsitzende ihm vorhielt, daß durch ihn ein schreckliches Unglück geschehen sei, schloßte Matuschla laut auf, lachte

Weißer Zähne: Chlorodont

50prozentiger Lohnraub an 200.000 Menschen:

Staatsangestellte und Bauern unter der Diktatur.

Tatsachen aus Rumänien.

Der Berichterstatter des Züricher „Volksrecht“ entwirft in einem Artikel ein düsteres Bild der Finanz- und Wirtschaftslage Rumaniens. Er schreibt:

„Die französischen Finanzexperten, die seit Monaten daran arbeiten, die rumänischen Staatsfinanzen zu sanieren, haben der Regierung den „Vorschlag“ gemacht,

einen erheblichen Teil der Staatsbeamten, 200.000 an der Zahl, für ein Jahr in Zwangsrückzahlung zu schicken, aber deren Gehälter nur für sechs Monate auszubezahlen.

In jedem anderen Lande würde eine solche Maßnahme einen Sturm der Entrüstung auslösen und ein beratiger Vorschlag von der Regierung als eine Ungeheuerlichkeit, als etwas Unmögliches abgelehnt werden. Die rumänischen Nachbarn hingegen haben bereitwillig Ja und Amen gesagt. Also: an 200.000 Staatsangestellten soll das hundertprozentige Verbrechen des 50prozentigen Lohnraubens begangen werden! In Wirklichkeit wird aber, falls dieser Vorschlag tatsächlich Gesetz wird, nur ein Teil von dem funktioniert werden, was schon längst Tatsache ist.

Denn für die Staatsangestellten Rumaniens ist die Zeit, in der sie noch ihren künftigen Lohn voll ausbezahlt bekommen, schon zur „guten alten Zeit“ geworden.

„Ne“, so schreibt das Bukarester bürgerliche Blatt „L'Entente“, war der Kleinangestellte des Staates so ausgehungert, wie es derzeit der Fall ist.“

Wie der Bericht weiter ausführt, ist der Rücktritt der Regierung Jorga äußerlich mit der Unannehmbarkeit der französischen Vorschläge begründet worden. Der tatsächliche Grund ihres Abganges aber war, daß sie nicht wußte, wie die restlichen 50 Prozent der Gehälter aufzubringen waren.

Rumänische Steuerpraxis.

Nächst schrecklich ist auch die Schilderung des Staates, wie es den rumänischen Bauern unter der halbsozialistischen Königsdiktatur ergicht. Man erfährt da geradezu haarsträubende Dinge: „In den von der Weltwirtschaftskrise am schwersten betroffenen Staaten sind die Staatseinnahmen gewaltig zusammengeschrunken: in Rumänien gibt es heute überhaupt keine Staatseinnahmen mehr.“

Ein Sieg der Palästinensischen Arbeiterpartei.

Bei den eben in Tel Aviv in Palästina abgehaltenen Wahlen zum Stadtrat konnte die Vereinigte palästinensische Arbeiterpartei von 15 Sitzen 5 für sich gewinnen. Sie erzielte die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen, 3 Mandate erhielt die durch den Bürgermeister Dizengoff geführte bürgerliche Liste, 2 Mandate die Liste der polnischen Juden, während auf die Liste der Revisionisten (des rechtsreaktionären Flügels) der Kleinhandlärer, der sephardischen Juden und der religiösen Juden nur je ein Mandat entfiel.

Tel Aviv zählt gegenwärtig 40.000 Einwohner. Der Sieg der Arbeiterschaft ist unvorstellbar beachtenswert, als es sich hier um eine von stark mittelständischen Elementen getragene Stadt handelt. Die Gefahr, daß diese Klasse dem reaktionären Schlagworten der bürgerlichen Politik erliegen würde, konnte abgewendet werden. Im Hauptwahlkampf, der sich zwischen den Arbeitern und der Partei des Bürgermeisters Dizengoff abspielte, wurden mehr als 100 Wahlversammlungen abgehalten.

bedeckte das Gesicht mit beiden Händen und wankte hin und her. Der Vorsitzende rügte dieses Gebahren streng und bemerkte, daß damals 22 Menschen ums Leben gekommen seien. Der Angeklagte suchte zusammen und brach neuerdings in lautes Jammern aus. Die Frage des Vorsitzenden, ob er noch weitere Attentate geplant habe, bejahte der Angeklagte. Er habe in allen Ländern Attentate verüben wollen, bis man darauf gekommen wäre, daß er der Attentäter sei. Dann schrie Matuschla wild auf, „ich werde aber in Zukunft noch weitere Attentate verüben, 30 Jahre werde ich Strafe bekommen, 70 Jahre werde ich alt werden und wenn ich wieder herauskomme, werde ich noch alle die geplanten Attentate ausführen.“ Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er wieder Eisenbahnanschläge verüben wolle, erwidert Matuschla „nein“. Aber um diese der Zeitungen werde ich Attentate verüben, um den Arbeitsmarkt zu strengen. Auf die Frage, warum er bei der Polizei gequ coast habe antwortete er: „Weil ich mir alles für die Hauptverhandlung wegen der Sensation vorbehalten wollte. Vorsitzender: „Besteigen Sie uns endlich, was war eigentlich der Beweggrund für ihre schreckliche Tat?“ Matuschla: „Das möchte ich nicht wissen. Denn ich weiß, daß es nicht das richtige Mittel war.“ Auf die Vorhaltung des Vorsitzenden, er sei doch ein überzeugter gottesgläubiger Mensch und habe doch gegen die Lehren der Kirche gebandelt, sagt der Angeklagte: „Religiös bin ich wirklich und doch habe ich gerade das Schlimmste gemacht, was auf der Welt möglich ist. Denn ich selbst weiß, warum ich das getan habe.“

Und der König baut einen Palast mit Notausgängen.

Böhrender Staat und Volk unter unfählichen Einwirkungen zu leiden haben, wird — so erzählt der Korrespondent — ein außerordentlicher Kredit von 23 Millionen bei zweck Bau eines neuen königlichen Palais gemährt. Gibt es etwas Aufregenderes und Niederträchtigeres als das? Das Volk verhungert und verkommt — und König Karol II. (im Volksmund er auch der „Leute“ genannt) läßt sich kein komfortables Heim bauen. Es heißt, daß für das neue, im Bau befindliche königliche Palais genügend Notausgänge vorgesehen sind. Das nenne ich politische Weisheit.

Unter diesen Umständen hat Rumänien wohl wenig Aussicht, die heiß begehrte Auslandsanleihe zu bekommen und man kann daher von der Entwicklung im Südosten noch manche Ueberraschung erwarten.

Jedenfalls beweist das rumänische Beispiel, wie elend es auch jenen Schichten unter der Diktatur ergicht, die — siehe Deutschland! — als erste bereit sind, die Fahnen der Demokratie zu verwerfen und ins reaktionäre Lager überzulassen.

Tagesneuigkeiten

Die „Zivilisations“-Schreden im belgischen Kongo.

Große Anklagerede Vandervelde in der Kammer.

Brüssel, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) In einer mehrstündigen, auf unabweisbarem amischen und anderen Dokumenten und Mitteilungen begründeten Interpellation erhob der Sozialistenführer Vandervelde in der Kammer eine furchtbare Anklage gegen das im belgischen Kongo herrschende System der Zwangsarbeit und der maßlosen Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen. In der internationalen Arbeitskonferenz von 1930 in Genf übten die belgischen Regierungsdelegierten bei der Abstimmung über das internationale Verbot der Zwangsarbeit in Kolonien Stimmeneinhaltung, und zwar mit der Begründung, daß man das in gewissen Gebieten des belgischen Kongo bestehende System des sogenannten Landbauzwangsunterrichtes nicht aufheben könne. Es handelte sich dabei um den Anbau von Reis und anderen Lebensmitteln einerseits und Baumwolle andererseits, wobei die Eingeborenen monatlich eine Reihe von Tagen Zwangsarbeit leisten mußten. Vandervelde zeigte an der Hand von Berichten hoher Beamtenstellen, daß diese Einrichtung alle Merkmale der Sklaverei trage und tatsächlich zu Aufständen von Eingeborenen Anlaß gegeben hat.

Am schlimmsten sind die Zustände in dem von der belgischen Kolonialgesellschaft Kasai ausgebeuteten Bezirk Kwango, wo die Eingeborenen im vorigen Jahr tatsächlich zu einem blutigen Aufstand getrieben wurden, der mit der größten Grausamkeit unterdrückt wurde. Gestützt auf amtliche Berichte hoher Staatsbeamter, Ärzte, Richter und Staatsanwälte sowie Missionäre deckte Vandervelde die Ursachen dieses Aufstandes auf: maßlose Ausbeutung durch die Kasai-Gesellschaft, übertriebene Steuern, Zwangsarbeit zum Straßenbau, Zwang zum Produzieren von Palmöl und anderen Erzeugnissen gegen übertrieben niedrige Preise, Schikanen und Gewalttätigkeiten der Angestellten der Handelsgesellschaft sowie der öffentlichen Verwaltung. Es wurde festgestellt, daß in gewissen Gebieten die Eingeborenen im Jahre drei bis vier Monate Arbeit leisten müssen, ausschließlich um die Steuern zu entrichten. In den Berichten werden eine ganze Reihe von Fällen von schweren Mißhandlungen der Eingeborenen, Vergewaltigung von Frauen usw. angegeben. Vandervelde forderte von der Regierung dringende Abhilfe sowie ihre Zustimmung zum internationalen Abkommen gegen die Zwangsarbeit in den Kolonien. Die Rede Vanderveldes machte schließlich einen sehr starken Eindruck auf die Kammer. Die Regierung hat sich die Antwort bis nächste Woche vorbehalten.

Die Arbeiter trinken weniger Alkohol!

Zur Unterstützung der Arbeiterabstinenzbewegung wurde im Jahre 1930 den Gewerbeinspektoren die Weisung erteilt, ein besonderes Augenmerk der Frage des Alkoholgenußes während der Arbeit zu widmen. In größeren Industriebetrieben ist in der Regel durch die Arbeitsordnung das Folen- und Trinken alkoholischer Getränke während der Arbeitszeit verboten. Das Trinken starker Spirituosen ist bis jetzt noch eingewurzelt bei einem Teile der Arbeiterschaft, die bei der Arbeit ungünstigen Witterungseinflüssen ausgesetzt ist. — Bedeutend ist die Zahl der Betriebe, die der Arbeiterschaft Sodawasser und Obstlimonaden, deren Erzeugung sie ausschließlich für den eigenen Betrieb eingerichtet haben, um den Gesteckungspreis überlassen oder zum Einkaufspreis verkaufen. Alkoholgehaltige Getränke hat auch die Verarbeitung von Milch an die Arbeiterschaft, die bei der Arbeit durch Vergiftung bedroht ist. Eine bestimmte Bedeutung hat auch die Verabreichung billiger Suppen, weichen Kaffees, vormittags wie nachmittags und billige Verpflegung überhaupt.

Hungerpeitsche und Weidwedel.

Die Regierung des Herrn von Schleicher hat nicht nur die Arbeitslosenunterstützung abgebaut, sondern auch die Pfandungsgrenze für Löhne und Gehälter, die vordem mit 195 Mark festgesetzt war, auf 165 Mark ermäßigt. Das ist, glauben die Arbeiter, verständlich: wenn man den Arbeitslosen die letzten Groschen nimmt, so soll man jenen, die noch ein wenig verdienen, auch nehmen können. Die Grenze von 165 Mark darf jedoch auch überschritten werden: für die Kirchensteuer ist der Lohn unbedingte Pfandbar! So hat es die Regierung Schleicher notverordnet. Denn das deutsche Volk soll merken, daß tatsächlich ein neuer Wind weht: er ist verursacht von der Hungerpeitsche, die in raschem Takte durch die deutschen Lande schwingt und von dem Venischen der Herren Generale, die Geistlichkeit freundlicher zu stimmen, auf daß sich der Weidwedel zur Hungerpeitsche geselle.

Tod am Rednerpult.

Aufregender Zwischenfall im Washingtoner Parlament.

Washington, 14. Juni. Heute fanden sich einige Hundert ehemalige Frontkämpfer in zerstreuten Reihen im Repräsentantenhause ein, um bei der Eröffnung der Debatte über die so-

„Ellen und die Schlange“.

Ein nationalsozialistisches Kunstwerk.

In der Redaktion der Chemnitzer „Vollstimme“ hat sich jemand die dankenswerte Mühe genommen, den Roman „Ellen und die Schlange“ zu lesen, der den Führer der österreichischen Nationalsozialisten, Herrn Frauenfeld, zum Verfasser hat und der in der „Döb“, dem Organ der Wiener Nazis, erschienen ist. Wir geben im Nachstehenden, an Hand der Arbeit unseres Chemnitzer Freundes, Zitate aus dem Kernstück dieses nationalsozialistischen Kunstwerkes wieder, das als eine selbstbiographische Erinnerung wirkt.

Der Held heißt Albert. Befagter Albert geht mit einem schönen Mädchen durch die Natur,

um die schonste Gestalt des jungen Mädchens in dem kurzen weißen Kleidchen, das die Formen laun verhäßt, mit trunkenen Blicken zu umfassen.

Und schon schmeichelt und stöhnt er, aber es ist nicht die Wirkung der Sonnenhitze, es ist, als verzehrte ihn eine innere Glut. Seine Hände, die wie leblos am Körper pendelten, schlossen sich bald wie im Krampf, bald öffneten sie sich schlaff...

Dem Albert geht es wirklich schlecht, aber die Ellen, das deutsche, keusche Mädchen, ist auch ein raffiniertes Luderchen, sie tut alles, um den gefährlichen Zustand noch zu steigern. Denn: Ihre Beine stahlen sich unter dem Rock hervor...

Das soll der arme Albert aushalten? Nein — er erbeite. Seine Hände bebten noch dem schlaffen, lächelndem Beine...

Da wird die Geschichte schon kontroversitär. Abblenden? ... Schlupf? ... Nein, „plötzlich“ geschieht etwas:

Pflichtsprang Ellen mit einem furchtbaren Schrei auf. Albert fuhr aus seinen Träumen empor und sah erschrocken die Augen auf. Mit schreckhaft aufgerissenen Augen, die Finger gezipert, nach Atem ringend, bot sie ein Bild höchsten Entsetzens. Die Schlange... laßt sie. Sie hat mich gebissen...

Nun, könnte man meinen, ist ein böses Unglück geschehen und mit den Krämpfen und Erschlaffungen des Albert wird es ein rasches Ende haben, die Geschichte, die so sexualtreibend begonnen hat, führt in eine ganz andere Richtung. Aber der Frauenfeld läßt sich die Lust nicht rauben. Also fragt er vor allem:

Was? Und nun kommt die Komplikation, die erst den Jüdischenfall zu einer Geschichte macht. Das keusche deutsche Mädchen mag nämlich die Stelle nicht nennen, wo sie die Schlange gebissen hat. Darum ereifert sich Albert:

Die Bunde muß sofort erweitert und ausgedehnt werden...

Aber Ellen, die pflichtschuldig rot geworden ist, stottert:

Ich kann sie mir nicht auslagern.

Darauf erwacht in Albert, der am Anfang

genannte Patman-Vorlage zugegen zu sein, wonach den ehemaligen Frontsoldaten an Unterstützungen im ganzen 2 Milliarden Dollar ausbezahlt werden sollen. In der allgemeinen Debatte meldete sich auch der demokratische Abgeordnete für den Staat Tennessee E. C. Ellis zu Wort, der während seiner Rede so in Erregung geriet, daß er plötzlich ohnmächtig wurde, zu Boden fiel und nach einigen Minuten verschied. Die Sitzung des Repräsentantenhauses wurde zum Zeichen der Trauer auf morgen verlag.

Wie die Unternehmer die Krankentassen schädigen.

Die Unternehmer jammern bei jeder ihrer Zusammenkünfte über die „hohen sozialen Lasten“, womit sie die Beiträge zur Kranken- und Altersversicherung der Arbeiter meinen. Dabei zahlen die Unternehmer die sozialen Beiträge gar nicht aus der eigenen Tasche, sondern rechnen sie als Regiekosten in die Warenpreise ein. — Trotzdem schädigen die Unternehmer noch die Krankentassen. Das beweist sehr deutlich die in der letzten Nummer der Mitteilungen der Zentralversicherungsanstalt veröffentlichte Uebersicht über das Ergebnis der von den Krankentassen durchgeführten Lohnrevisionen. Nach dieser Aufstellung wurden im Jahre 1930 10.774 Betriebe revidiert und von diesen erfolgte bei 9246 Betrieben eine Lohnrevisionsvorschreibung von Versicherungsbeträgen. Es wurden dabei 20.985.533 K Beiträge für die Krankentassenversicherung und 8.763.290 Kronen für die Invaliditäts- und Altersversicherung nachträglich vorgeschrieben. Das sind gewiß ganz beträchtliche Summen, die beweisen, daß die Unternehmer mit schuldhaft an der schlechten Lage der Krankentassenanstalten.

Wo ist der Kaiser?

Dshibuth, 15. Juni. (Reuter.) Trepdem am Montag offiziell bekanntgegeben wurde, daß der ehemalige abessinische Kaiser Lijjassu verhaftet wurde, werden nun Gerüchte verbreitet, daß er sich im Königreich Godescham noch in Freiheit befindet. Die Regierungstruppen setzen die

der Geschichte als besonders schüchtern und linlich geschildert wird, der nordische Herrenmensch:

Dann werde ich es tun. Und nun spielt das raffinierte Luderchen ihren großen Trumpf aus:

Ellen brach in Tränen aus. Oh, ich schäme mich so. Es ist unmöglich.

Aber der Herrenmensch zürnt: Ellen, ein letztes Mal fordere ich Sie auf, zu gehorchen, sonst muß ich Gewalt anwenden... (Und zieht sein Federmeißel.)

Nun aber zerfleht Ellen. Sie denkt: Wie der furchtsame Albert doch herrlich und kraftvoll sein konnte. Und sie blickt ihn demütig lächelnd an: Ach schäme mich so... Aber, nur mein Verlobter, mein zukünftiger Gatte dürfte so etwas tun...

Großaufnahme: Albert, der Held und Märtyrer:

Dann betrachten Sie mich als Ihren zukünftigen Gatten!

Jetzt endlich darf er lachen. Das Kapitel schließt:

Und dabei blieb es. Der Schlangengiß an der diskreten Körperstelle, mit der Ellen im Straßengehen hatte, wurde kunstvoll behandelt!

Und dann kommen viele Punkte und ein zweiter Teil der Geschichte, der einige Jahre später spielt. Ellen und Albert sind ein glückliches Paar, Kinder umhüpfen sie, und nun geschehen die beiden nordischen Edelmenschen, daß ein Schwindel sie zueinander gebracht hat. Wäre Albert damals schon ein erster Vertrauensmann der Hakenkreuzpartei gewesen, er hätte über den jüdischen Dreh des Frauenimmers einen dreifachen Fluch aussprechen müssen. Denn Ellen befindet, in Wahrheit habe sie damals gar keine Schlange gebissen, sie hat dem Geliebten nur einen „Schmäh“ erzählt.

Und nun gesteht auch Albert, daß er ihr den Schwindel überhaupt nicht geglaubt hat, er hat ja gesehen, wie eine Eidechse damals unter ihrem Allerwertesten hervorgekrochen ist. Aber es war ihm eben nur um das Saugen zu tun...

Eine anmutige Geschichte, was? Sie machte jedem pornographischen Wäutchen, über deren verderbliche Wirkungen auf die deutsche Volkseele die Nationalsozialisten so viel zu sagen wissen und die sie der verderblichen jüdischen Lust am Schmutz zuschreiben, alle Ehre. Aber nicht ein bescheidener Schreiber hat den Schmutz verfaßt, nein, der Führer der österreichischen Nazipartei, die von der Reinheit deutscher Frauen, von Sitte und Ehre deklamiert, hat das geschrieben.

Und nun ist noch in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ zu lesen, daß Frauenfelds Roman auch noch ein Plagiat ist, nämlich die „Verwertung“ einer feinen Arbeit durch Frauenfelds Spaltenkreuz-Phantast! Sie wird sicherlich auch noch den „Tag“ anregen, der nur wie durch ein Wunder das nationalsozialistische Kunstwerk des parteigenösslichen literarischen Diebs seinen Lesern noch nicht vorgelesen hat.

Rachforschungen nach dem Orte, wo sich der Kaiser verborgen halten soll, fort. Am die Stadt Addis Abeba wurde ein militärischer Kordon errichtet, damit den Anhängern des ehemaligen Kaisers der Weg zu diesem abgeschnitten werde. In kurzer Zeit wird die Regenperiode einsehen, die das Königreich Godescham bis September unzugänglich machen wird.

Ziehung der Klassenlotterie

10.000 K: 10.340, 12.667.
5000 K: 64.934, 95.959.
2000 K: 6782, 14.078, 15.941, 37.348, 97.634, 45.212, 46.151, 51.570, 72.784, 75.006, 88.560.

Nächtlicher Raubüberfall.

In der Nacht auf Mittwoch wurde in der Wohnung der Privaten Anna Turek in Cerveny Kostelec ein Raubüberfall durchgeführt. Die Frau, die in der Sokolka Nr. 207 wohnt, wurde bei dem Überfall schwer verwundet und ihre Enkelin, Bohuše Jaxka, gestöbt. Der Leichnam der Jaxka wurde im nahen Walde aufgefunden, wohin ihn wahrscheinlich der Mörder abgeschleppt hatte.

Bertram bleibt verschollen.

Nach einer Meldung aus Wundam wird die Glaubwürdigkeit der Eingeborenen-Berichte, wonach das Wasserfließen des deutschen Liegers Bertram aufgefunden worden sei, jetzt bezweifelt. Die Nachforschungen werden fortgesetzt.

Eisenbahnattentat in Bulgarien.

Auf der Eisenbahnstrecke unweit von Plewna ereignete sich Dienstag knapp vor der Ankunft eines Lastzugs eine Explosion, die jedoch keinen Schaden anrichtete. Die heutigen Zeitungen behaupten, daß es sich um ein kommunistisches Attentat im Zusammenhang mit der scharfen Protestkundgebung handelt, die gestern die Kommunisten den ganzen Tag und auch während der Nacht gegen die Entführung und die Ermordung des kommunisten Krawatzow durch die macedonischen Revolutionäre durchführten.

Widwitt in Hamburg.

Gestern morgens ist in einer Filiale der Dresdener Bank in Hamburg ein frecher Raubüberfall ausgeführt worden, bei dem den Tätern etwa 5600 Reichsmark in die Hände gefallen sein sollen. Es erschienen um 10 Uhr, während nur die Angestellten im Raum waren, drei Männer mit Masken vor dem Gesicht und Schuwa-

Wähler, sichert Euch Euer Wahlrecht!

Vom 15. bis 22. Juni werden in allen Gemeinden der Tschechoslowakischen Republik die Wählerverzeichnisse aufgelegt. Jeder Staatsangehörige, Mann oder Frau, welcher am 15. Juni 1932 sein 21. Lebensjahr erreicht hat und mindestens drei Monate in der Gemeinde wohnt, muß in diesem Verzeichnis eingeschrieben sein. Wer nicht eingeschrieben ist, muß zwischen dem 15. und 22. Juni seine Aufnahme in das Wählerverzeichnis verlangen. Der Wähler, der nicht im Wählerverzeichnis eingeschrieben ist, verliert für alle Wahlen, die im Laufe des nächsten Jahres stattfinden werden, das Wahlrecht. Es ist also im Interesse jedes Wählers, in die Wählerverzeichnisse Einsied zu nehmen und sich zu überzeugen, ob er richtig eingetragen ist.

ten in den Händen. Die Angestellten wurden in die hinteren Büroräume zurückgedrängt, während die Räuber das Geld an sich rissen und hierauf die Flucht ergriffen, ohne behindert oder erlauft zu werden.

Eine hochherzige Millionenstiftung. Anlässlich der gestern veranstalteten Jahresfeier der Göttinger Universität, bei der die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden sowie die niedersächsischen Hochschulen vertreten waren, teilte der Festredner Professor Dr. Riede in dem Jahresbericht mit, daß von amerikanischer noch ungenannter Seite der Universität ein Vermögen gestiftet wurde, dessen Zinsen jährlich 100.000 Mark betragen, die für die Krebsforschung verwandt werden müssen. Von der gleichen Seite wurde eine Summe zum Bau eines Erholungsheimes für Professoren und Studenten zur Verfügung gestellt. Die Rockefellerstiftung hat weiter 300.000 Mark zum Ausbau des Institutes für organische Chemie zur Verfügung gestellt.

Explosion in Prag. Gestern um 8 Uhr 20 Minuten ereignete sich im chemischen Laboratorium der Munitionsfabrik Sellier & Bellot in Zizkov eine Explosion von Explosivstoffen. Das Laboratorium ist teilweise ausgebrannt, doch kam niemand zu Schaden. Das Feuer konnte in etwa einer halben Stunde durch die Werkfeuerwehr sowie durch die Zizkover Brandwehr gelöscht werden.

Vollstredtes Todesurteil. Im Hofe des Gefängnisses zu Weimar wurde gestern früh das Todesurteil an dem Mörder Paul Daffler vollstredt, der im Vorjahre die achtjährige Jsolde Diprovvinga, die Tochter eines Landarbeiters, in der Nähe von Bucha bei Jena in einen Wald gelockt, vergewaltigt, beraubt und mit einem Strid erdrosselt hatte.

Rattenplage in Reichenberg. In letzter Zeit tritt in Reichenberg die Haus- und Wanderratte wieder in stärkerer Maße auf und in manchen Stadtteilen, insbesondere in der Rodbachhof von Friesberg oder Lebensmittelhandlungen aller Art, kann geradezu von einer Rattenplage gesprochen werden.

Dreifache Muttal. In einem Walde in der Grafschaft Kent (England) wurde am Dienstag früh um dreifacher Mord verübt. Ein Autobuschauffeur sah beim Vorüberfahren in der Nähe des Strohengrabs die Leiche einer Frau liegen. Die alarmierte Polizei fand später in der Nähe noch die Leiche eines Kindes und die einer älteren Frau. Eine Untersuchung stellte fest, daß es sich um Großmutter, Mutter und Kind handelte. Die drei Opfer wiesen Schußwunden auf. Im Verdacht, den Mord begangen zu haben, steht ein 26-jähriger Soldat namens Collins, der seit Montag vormittag vermisst wird. Hunderte von Polizisten sind mit zahlreichen Polizeihunden auf der Suche nach dem flüchtigen Soldaten. Das Motiv der furchterlichen Tat ist unbekannt.

Der verkannte Raubhund.

Goethels „Angriff“ vom 31. Mai enthält folgende schöne Notiz: **Heftstellung.** Vor einiger Zeit brachten wir einen Bericht über die Zusammenfassung der „Eier-Rotierungs-Kommission“, in dem mit einer Fülle „hochfriesender“ Namen der Kommissionsmitglieder aufgezählt. Unter anderem wurde dabei der Name Daniel Raubhund genannt. Nun bittet uns Herr Raubhund, festzustellen, daß er im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern der Kommission kein Jude sei — im Gegenteil. Wir stellen diese Tatsache gern fest, aber wie kann man auch Daniel Raubhund heißen. **Kamer Daniel!** Nun ist er schon der einzige Christ in der Eier-Rotierungskommission und heißt Raubhund. **Kriech!**

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.
Freitag:
Prag: 6.15: Symphonie; 11: Schallplatten; 18.15: Schallplatten; 18.25: Deutsche Sendung; Prof. Dr. Hagah: Ueber die kulturhistorische Bedeutung des antiken Münzwesens; 19.25: Meloratorlieder; 20.45: Orchesterkonzert; 22.20: Schallplatten. — **Brinn:** 18.25: Deutsche Sendung; Prof. Dr. Reuter: Wallenstein in Währen; 19: Musikfilm; 20: Reportage aus dem Pfadfinderlager. — **Mähr-Ditran:** 18.15: Schallplatten; 19.25: Solo auf Harmonika. — **Berlin:** 14: Volkstümliche Musik deutscher Klavier; 20: „Semiramis“, Oper von Rossini. — **Hamburg:** 22.20: Intermezzo und Charakterstücke. — **Königsberg:** 20: Konzerte mit klassischen Arten. — **Leipzig:** 20.30: Aus Lebensliedern von Brahms. — **München:** 20: Dichter, die wir kennen sollten. — **Wünchen:** 19.50: Jüngerkonzert; 21.10: Zinfonienkonzert. — **Wien:** 19.35: Zeitgenössische Schweizer Klaviermusik.

Dem Balkan geht's gut.

Überall in der Welt geht's fröhlich zu und nur in OÖ. scheint es einen wolkenlosen wirtschaftlichen und politischen Himmel zu geben, wenn man dem „Jugreber Morgenblatt“ vom 9. Juni glauben darf, das über das Hochzeitsjubiläum des Herrscherpaares wie folgt berichtet:

„Das jugoslawische Herrscherhaus feiert heute einen bedeutenden Gedenktag. Heute fährt sich zum zehntenmale der Tag, an dem S. M. König Alexander I. Karadjordjevic Prinzessin Mariara von Rumänien als Gattin heimführte und damit seinem Volke und Lande eine Königin gab.“

Welches Glück! Wahrscheinlich hat dem Volk und Land nur die Königin gefehlt, denn:

„Als im Dezember 1921 zuerst diese Gerüchte bekannt wurden, König Alexander habe sich verlobt, machte sich in der ganzen Bevölkerung freudige Ueberraschung und Reuegerde bemerkbar. Doch wußte man nicht, wer die königliche Braut sei.“

Die Pressechmode ganz Jugoslawiens erfüllte mit ihrem Wispeln das Land und übte von früh bis spät, sich devotest zu hüden. Endlich wurde die Verlobung offiziell bekanntgegeben und, wie nicht anders zu erwarten war, herrschte im ganzen Lande „ungeheurer Jubel“. Ohne Jubel des Volkes hat noch niemals ein Herrscher geheiratet. Das Volk ist ein für allemal fürs Glück und zum Jubeln geboren:

Am 8. Juni 1922 fand mit großem Gepränge (vom Volk bezahlt!) in den Hauptstädten der benachbarten und befreundeten Länder die Hochzeit des königlichen Paares statt. Jugoslawien hatte damit seine Landesmutter erhalten. (Nachträglichen Glückwunsch!) Königin Maria fand sich sehr wohl in der Verhältnis ein und wurde gleich ihrem königlichen Gemahl, der seine Herrscherpflicht mit wahrhaft väterlicher Milde und Güte übte, eine wahre Landesmutter.“

Was die väterliche Milde und Güte betrifft, so wissen die Untertanen ein Lied von Polizei und Kerker zu singen, in dem diese beiden Eigenschaften des absolutistischen Herrschers gebührend gewürdigt werden. — Und weiter heißt es:

„... Das seit Oktober 1929 bestehende Königreich Jugoslawien kann mit Stolz auf sein Königspaar blicken. S. M. der König, ein vorbildlicher Familienvater, wie auch ein vorbildlicher Landesvater. S. M. die Königin, eine vorbildliche Mutter und eine vorbildliche Landesmutter. Wir alle wissen, was S. M. die Königin in diesen zehn Jahren in sozialer Hinsicht für das Volk geleistet hat.“

Die soziale Fürsorge wird auf derselben Seite des „Jugreber Morgenblatts“ durch folgende kurze Notiz in ein strahlendes Licht gesetzt:

Die Bettlerplage nimmt in Maribor immer größeren Umfang an... müssen alle nicht nach Maribor zurückgehen, sondern in die Heimatgemeinden abgeschoben werden. Täglich werden Leute von auswärts, die beim Betteln ertappt werden, festgenommen und aus Maribor entfernt. Trotzdem kommt es noch immer vor, daß gesunde junge Männer von Haus zu Haus ziehen und um Beiträge zu irgendwelchem Zweck bitten, wobei sie Bescheinigungen verschiedener öffentlicher Stellen, größtenteils aus dem östlichen Teile des Staates, vorweisen. Solchen Leuten dürfte das Betätigen der Bettler ebenfalls nicht gestattet werden, da gleiches Recht für alle herrschen muß.“

Hier scheint es sich um eine soziale Fürsorge zu handeln, die, wenn schon nicht vorbildlich, so doch zumindestens charakteristisch für das soziale Verständnis jener Kreise ist, die im OÖ. regieren und welchen offensichtlich nicht klar zu sein scheint, aus welchen Gründen heute Millionen gesunder junger Männer in der Welt betteln müssen.

Wilhelm gibt Parole aus.

Die „Wilhelmshavener Zeitung“, ein Organ der Behörden, hat einen Bericht über die sogenannte Kameradschaftsfrage der Mittelmeerdivision vom 4. bis 6. Juni veröffentlicht. In diesem Bericht findet man fastmiliert die folgende Verlautbarung des Direktors von Doorn:

„Hans Doorn, den 4. Juni 1932. Brieftelegramm S. M. des Kaisers und Königs. Den in Wilhelmshaven zur Wiederlebensfeier versammelten Komplexproben einflügeligen Besatzungen meiner Schiffe „Göben“ und „Breslau“ sende ich meinen Gruß. Voll hoher Anerkennung gedenke ich der Kampfleistungen beider Kreuzer. Ehre ihren für Kaiser und Reich gefallenen Helden. Der Durchbruch der „Breslau“ und „Göben“ sei uns Vorbild für die Zukunft. Nur kühner Mut und Opferbereitschaft kann unserm Vaterlande den Weg in die Freiheit bahnen und alle Fesseln sprengen. Diesen Gedanken der Kameradschaft und der Erinnerung an die große Vergangenheit die Hauptaufgabe der Wiederlebensfeier! Vorwärts mit Gott für Ehr und Wehr! Wilhelm A. A.“

Er wird wieder lebendig, der Mann, der nach dem durch seine Mißregierung und der Militärdiktatur verschuldeten Zusammenbruch landflüchtig wurde und sein Volk in der Stunde der äußersten Not verließ. Die Regierung der Borone hat ihm und seinesgleichen wieder Hoffnungen gemacht!

Ehen mit Erwerbslosen.

Ein Beitrag zum Eheproblem unserer Zeit.

Von Suse Vort.

Man braucht nicht hellhörig zu sein, um die Probleme der Zeit, unserer Zeit der wirtschaftlichen Not und des Massenelends tagtäglich zu vernehmen. Und doch scheint es mir, daß neben den aktuellen Fragen nach Sozialisierung, Arbeit und nach der Erziehung der Jugend die brennende nach der Lage der Frauen in dieser Zeit nicht genügend erörtert wird. Ihre Situation ist sicherlich kaum jemals so schwierig gewesen, weil mit und durch die Arbeitslosigkeit Krisen in ihr Leben kommen, die neben allen anderen Anforderungen auch noch jenseitige stellen, unter denen von ihnen unzählige zugrunde gehen.

Ich denke in erster Linie an die Ehen, in denen die Männer erwerbslos sind, während die Frauen durch eigene außerhäusliche Berufstätigkeit das Schiff der Familie vor der Not retten.

In solchen Fällen ist der Mann nicht etwa dankbar für diese Hingabe, sondern in ihm bildet sich im Laufe von Wochen und Monaten ein Gefühl der Verbitterung, das sich nicht etwa gegen die Zeit (an der ja im Augenblick leider nicht viel zu ändern ist), sondern gegen die Ehefrau richtet! Die wenigen Stunden der Gemeinsamkeit werden verdorben durch ständige Reibereien und machen das Leben noch freudloser. Die Räte wachsen ins Unersehene. Die Verbitterung des Mannes und seine viele freie Zeit bereiten den Boden dafür vor, daß er eines Tages mit neuwachem Interesse an der Mädchen und Frauen steht, die Zeit haben wie er, die ausgerollt als die eigene Frau, vielleicht auch jünger und reissender erscheinen und die ihn fesseln. Blödsinnig entdeckt er für eine von ihnen sein Herz, bildet sich ein, sie zu lieben und vernachlässigt, so verläßt sie seine Ehe. Weist weit er gar nicht, daß seine solche Erziehung ihm einen großen Streich gespielt hat. Die Zuneigung zu der eigenen Frau verfliehet, weil er es nicht ertragen konnte, sich von ihr ernähren zu lassen, seine Frau würde ihn bei jedem neuen Ehen mehr eine schwere Belastung, ein ständiger leidvoller Vorwurf dafür, daß er nicht „Mann genug war“, sich und seine Familie durchzubringen.

Sicherlich wird bei Auseinandersetzungen die Frau nicht immer die geringere Rücksicht nehmen, sie wird hier und da Fehler machen, aber sie ist eher zu entschuldigenden, denn sie ist mit Angst im Herzen bei ihrer Arbeit und muß häufig wissend und doch tatenlos zusehen, wie ihr der Mann, den sie liebt, entgleitet.

Wir Sozialisten sollten aber zuerst uns daran gewöhnen, den Sinn der Demokratie, d. h. den Sinn der Gleichberechtigung nicht nur im Staat, sondern besonders auch in der Ehe und in jeder menschlichen Gemeinschaft zu erkennen. Erst dann werden wir die großen Schwierigkeiten lösen und den Beziehungen zwischen Mann und Frau einen neuen Sinn geben.

In der Ehe, in den Beziehungen von Mann zu Frau überhaupt sollte Kameradschaftlichkeit herrschen und es muß vermieden werden, daß immer einer Hammer und der andere Amboss ist. Es darf in jeder Gemeinschaft ebensolcher Art von vornherein nur ein „gemeinsames Miteinander“ geben, aber keinen Kampf, der mit dem Sieg oder der Niederlage eines oder des anderen Partners endet.

Trotz aller verständlichen übersteigerten Empfindlichkeit müssen wir den Sinn unserer Zeit verstehen lernen und gegen diese neuartige Einstellung ankämpfen, die nur verstanden werden kann aus den falschen Beziehungen der Menschen untereinander. Hier können wir, wenn jeder an sich energisch arbeitet.

Die Idee des Sozialismus zuerst betätigen.

Wenn auch bis zu unserem Ziel fast noch ein weiter Weg ist, so würde Sozialismus der Sozialisten untereinander in den Familien uns dennoch ein großes Stück vorwärts bringen. Wir würden dann nicht mehr gegen uns und die uns am nächsten Stehenden wüten! Wir würden nicht mehr werten nach dem äußeren Erfolg, also nach dem mehr oder weniger sichtbaren Sieg, den der oder jener errungen hat, würden also auch uns nicht unterlegen fühlen und aus diesem Gefühl ungerechte Erbitterung für den Partner erwachsen lassen. Viele von uns haben sich aber von dieser Art zu werten immer noch nicht freimachen; mancher leidet dieser Feilen wird dem erwerbslosen Ehemann seine „geliebte Wut“ vielleicht sogar nachempfinden können.

Wir sind, so frei und vernünftig wir auch erliegen würden oder durch eigene Arbeit an uns selbst im Laufe der Zeit geworden sind, noch immer mit Vorurteilen behaftet. Gelegentlich hört man wohl in Vorlesungen sagen, daß erst eine ganz neue Generation, die diese Vorurteile gar nicht erst kennenlerne, da sie muß, die unsere neue Gesellschaftsordnung sich Bahn brechen kann. Ich bin weniger optimistisch. Ich glaube, daß uns die Erkenntnis, wobei diese Problematik kommt, der Wille, uns innerlich umzustellen, auch helfen kann.

Wir Frauen müssen uns mit einmal wirklich klar machen, daß die Männer durch die Frauen zu dem gemacht werden, was sie sind! Heute wie gestern sind es in den meisten Fällen die Mütter, die im Knaben den werdenden Mann erziehen. Die selbst sind es, die die Männer zu jenem unheimlichen Dämon erziehen haben, der sie alle Arbeit außer der, nennen wir sie kurz: „männliche Berufstätigkeit“, gleich Null einfließen läßt.

Heute muß aber vor allen Dingen erreicht werden, daß die Arbeit, welcher Art sie auch immer ist, getan wird von dem, der gerade Zeit dazu hat. Das heißt, daß die berufstätige Frau,

die außerhalb des Hauses Geld zu verdienen gezwungen ist, eben für die Erhaltung der Familie arbeitet.

während der erwerbslose Mann im Haushalt bleibt und gerade die Arbeit tut, für die kein anderer da ist.

(Arbeiten Mann und Frau beruflich, dann ist gewöhnlich die Arbeitsverteilung im Haus kein Problem.) Wer ökel mit Menschen zusammenkommt, wer Einfluß in eheliche Gemeinschaften bekommen hat, der wird fast täglich wieder die Feststellung machen können, daß der erwerbslose Mann sich demütigt, als sei das Wahre geworden, was in Sportliedern gesungen wird, daß er die Weibchen wofchen muß, während die Frau da sitzt und Zigaretten raucht, also gewissermaßen die Rollen vertauscht sind. Ständige Reibereien können hier unnatürlicherweise zur Vermännlichung der Frau führen.

Trifft erst die eingangs erwähnte Entfremdung zwischen den Partnern ein, dann wird die Frau dem Mann schließlich vorwerfen, daß sie das Geld verdient für ihn und die Kinder, daß er eventuell mit anderen ausgeht.

Durch solche Worte, die aus der Augenblicksäußerung der verweirten Stimmung heraus verständlich sind, ist aber schon oft die letzte Verbindungsbrücke zwischen zwei Menschen zerbrochen. Darum soll man sich davor hüten, sie auszusprechen. Die wieder oft zu ungelegt zu machen, wie mit Reuehaftigkeit geschrieben werden sie in unangünstigen Augenblicken vor den Augen des Mannes stehen und ihn quälen.

Besonders wenn noch Kinder vorhanden sind, sollte man in ihrer Gegenwart alle solchen Dinge nicht berühren. Vermeidet man bewusst vor ihnen solche Erörterungen, dann werden die psychischen Hemmungen, die die Eltern sich auferlegen, zu ihrer gegenseitigen Erziehung führen, die eine neue Bindung für die Ehe ergeben kann!

Kinder, die mitanzusehen, wie selbstverwundlich sich die Eltern ergähen, werden diese alten Vorurteile gar nicht erst kennenlernen. Sie werden in jedem Sinn, Knaben und Mädchen, sich gleichberechtigt und gleichwertig fühlen, ohne ihre individuellen Eigenarten, die physiologisch und psychologisch begründet sind, aufzugeben.

Unsere außergewöhnliche Zeit verlangt schon aus Selbsterhaltungsrück eine außergewöhnliche Anpassung an die Verhältnisse. Wir Sozialisten hoffen allerdings, daß die Zeiten vorüber sein werden, wo die Frauen sich möglichst ausschließlich im Haushalt betätigen; auch in bürgerlichen Kreisen wird die Frau selbst in einer besseren Zukunft ausgehört haben, nur als Luxus- oder Geschmacksstücken gewertet zu werden. Und sie und wir sind froh über diese Tatsache, die ja

der logischen Idee zu verdanken

ist, die selbst bei denen wirkt, die sie ablehnen! Nach dieser Krise wird es aber wieder so werden, daß Mann und Frau nach ihrer Eignung beschäftigt werden können, und für diese Zeit müssen sie sich gesund erhalten. Dazu gehört, daß sie real denken und ihre Beziehungen zueinander ordnen. Sie sollen ihre positiven Kräfte gegenseitig erkennen und sie fördern.

Gelegentlich werden die Frauen mehr praktische Lebenserfahrung haben und besser mit Menschen umgehen und sich anpassen können, der Mann lebt mehr theoretisch. Das ist aber kein Grund dafür, daß der Mann einen Minderwertigkeitskomplex bekommt, der Haushalt macht und ausschließlich alle Zuneigung zur Frau überschüttet. Das sind die Gründe, aus denen neben den Vögelchen, die aus der Erwerbslosigkeit allein kommen, viele Männer und Frauen unglücklich werden.

Vielleicht handeln die Frauen in solchen Momenten falsch. Statt ruhig zu bleiben und um die Erhaltung der Gemeinschaft, die doch Liebe einmal erschuf, zu kämpfen, machen sie große Anstrengungen, sich ihrerseits von dem Mann zu lösen. Wir Frauen sind ja leider immer noch so einseitig, daß wir selbst bei dem Verdacht von „Mature“ des Ehepartners uns beschämt vornehmen. Auch von diesem traditionell übernommenen Gefühl wird uns hoffentlich eine unnerotischere Zeit befreien.

Ich habe den Mut, hier auszusprechen,

daß die Zerrüttung vieler Ehen, die dann zur Scheidung mit sehr viel Mühsaligkeiten gegeneinander führt, aus der Angst der Frau vor dieser Beschämung kommt.

Sie hat das Gefühl, Wahrung von der Festlichkeit zu verdienen, weil sie verheiratet und eine andere ihr vorgesetzt wurde. Als keine vieler solcher Fälle, wo in erwählter Weise Remissen anerkannt wurden, die wirklich gut zueinander paßten. Immer war es das gleiche: „Lieber ich zu Tode sitzen, als der Eventualität einer Niederlage sich auszuliegen.“ Immer war einer Hammer, der andre Amboss. Es gilt, hiermit endlich aufzuhören. Bewundernd steht man oft vor der tapferen Selbstverständlichkeit, mit der ein Heer von Frauen äußerliche Entbehrungen jeder Art erträgt.

Um so mehr wünscht man oft, daß sie auch in den hier gelobten sozialen Käten mit dieser Ueberlegenheit den rechten Weg zu einer Verständigung suchen würden. Haben die Partner sich wiedergefunden, dann werden sie zu einer Anspandbarkeit kommen, die das Leben erst lebenswert und produktiv macht.

Die Gemeinsamkeit derartig gestörter Beziehungen zwischen Mann und Frau wird eine ungeborene und unerlösbare Kräfte für unser Volk sein und für unsere Idee.



Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag
Überall erhältlich

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Baum entsteht bei Fortsetzung der früheren Krankheit (weder der Anspruch auf das volle Krankengeld?) Einige Krankenversicherungsanstalten vertreten die Meinung, wenn ein Versicherter, der von einer Krankheit als genesen erklärt wurde, an derselben Krankheit neuerlich erkrankt, so habe dies als Fortsetzung der früheren Erkrankung zu gelten. Wenn der Versicherte noch nicht 2 Wochen Krankengeld bezogen hat, so habe er nur auf den verbleibenden Rest Anspruch oder wenn er schon angestruert war, d. h. 2 Wochen Krankengeld bezogen hatte, dann besitze er überhaupt keinen Anspruch mehr. Dabei rechnen sie auf die Zeit, die er zwischen den beiden Krankheitsperioden gearbeitet hat, seine Rücksicht. — Diese Auffassung ist irrig und wird auch im Gesetz, und zwar im § 98, widerlegt. Dort heißt es ausdrücklich, daß eine neuerliche Erkrankung an derselben Krankheit nur dann als Fortsetzung der früheren Krankheit anzusehen ist, wenn diese längstens binnen acht Wochen nach Einstellung des Krankengeldes für die frühere Krankheit eingetreten ist. Wenn also zwischen der ersten Erkrankung und der zweiten eine längere Frist als acht Wochen liegt — vorausgesetzt, daß der betreffende Versicherte während dieser Zeit gearbeitet hat, denn sonst hat er ja jeden Anspruch verloren —, so beginnt ein neuer Versicherungsfall und es gebührt ihm wieder das Krankengeld für 2 Wochen. Nur in einem solchen Falle, wo die Zwischenzeit länger als acht Wochen ist, wird dieses als Fortsetzung der früheren Krankheit zu betrachten sein und es kann der Versicherte, wenn er nur einen Teil der Unterstützung bezogen hat, nur auf der Rest oder, wenn er angestruert war, überhaupt keinen Anspruch erheben. — In diesem Sinne hat auch das Versicherungsgericht in Reichenberg als Berufungsgericht entschieden. Dort wurde einem Versicherten das Krankengeld verweigert, obwohl er zwischen der ersten und zweiten Erkrankung acht Wochen gearbeitet hatte. Die Krankenversicherungsanstalt wurde verpflichtet, das Krankengeld nachzugeben.

Heilensablauf in der Pensionsversicherung. Der Allgemeine Angestellten-Verband Reichenberg macht darauf aufmerksam, daß die Ansuchen um die Einrechnung der Hälfte der nichtversicherungspflichtigen Dienstzeit in die Pensionsversicherung laut Gesetz vom 14. Juli 1931, S. 125 (S. 177 a. V. G.) bis (p. 10) S. 30. Juni d. J. beim zuständigen Versicherungsamt (Zuständige der Allgemeinen Pensionsanstalt über Erbschaften) eingebracht werden müssen. In Betracht kommen Dienstzeiten, die von solchen Versicherten oder Rentnern, die vor dem 1. Januar 1929 wenigstens einen Beitragsmonat in der Pensionsversicherung erworben haben, nach Vollendung ihres 16. Lebensjahres innerhalb des Gebietes der jetzigen Reichsstaatsmacht in solchen Beschäftigungen zurückgelegt wurden, die der Versicherungspflicht nach dem jetzt geltenden Pensionsversicherungsgesetz unterliegen hätten, wenn diesel zur Zeit der betreffenden Dienstleistungen schon in Kraft gewesen wäre. Die Ansuchen sind mit den von der Pensionsanstalt ausgehenden, auf Beslangen auch beim Allgemeinen Angestellten-Verband Reichenberg, Turnerstraße 27, erhältlichen amtlichen Vorbereitungen einzureichen. Sollten einzelne Beslege nicht bis zum 30. Juni d. J. befristet werden können, dann ist zur Geltendmachung des Anspruchs wenigstens das Ansuchen bis dahin einzubringen und die nachträgliche Beibringung der zugehörigen Beslege vorzubehalten. Da nach dem neuen Pensionsversicherungsgesetz die Versicherungspflicht erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres beginnt, nach dem jetzigen Gesetz aber nach Vollendung des 16. Lebensjahres, kann in vielen Fällen die Einrechnung der Hälfte dieses zwei Zwischensjahre mit verlangt werden. Für ehemalige Angestellte des Großgrundbesitzes wichtig ist die Vorschrift in § 118, Abs. 3 des Pensionsversicherungsgesetzes, wonach sich die Verpflichtungen der Dienstgeber zur Rückzahlung der Versorgungsansprüche laut § 11 und 12 des Gesetzes vom 18. März 1921 Nr. 190 nicht um den Mehrbetrag des Rentenanspruchs aus dem Pensionsversicherungsgesetz vermindern. Dabei müssen diesen Anspruchsberechtigten auch die zutreffendenfalls aus dem Titel der Einrechnung der nichtversicherungspflichtigen Dienstzeit zukommenden Rentenerhöhungen gebühren. — Eine weitere wichtige Frist läuft ebenfalls mit 30. Juni d. J. ab, und zwar die wiederholt verlängerte Frist zur nachträglichen Beibringung der Beslege zu den Ansuchen um Zuerkennung des Staatsbeitrages zur Pensionsversicherung für die Kriegsdienstzeit laut § 176 P. V. G. Seiner ist trotz aller Bemühungen bisher eine endgültige Klärung der Frage der Umrechnung dieser Bestimmungen auf die nichtmilitärischen Kriegsdienstleistungen noch nicht erfolgt. Sollte dies bis 30. Juni d. J. noch nicht geschehen, dann müßte eine neuerliche Fristverlängerung erwirkt werden. — Nähere Auskünfte erteilt bereitwillig der Allgemeine Angestellten-Verband, Reichenberg, Turnerstraße 27, bzw. dessen Geschäftsstellen in Karlshof, Haus „Erdi Berlin“, Teplitz-Schönan, Elmwoblerstraße 39; Bodenbach, Dresdenstraße 886; Reichenberg, Schloßgasse 1; Trautenau, Reimarkt 18-1; Brunn, Spinnerstraße 11; Währ. Schönan, Behmmerstraße 31; Währ. Eßran, Straße des 28. Oktober 34.

PRAGER ZEITUNG.

Die Prager Stadtgemeinde soll etwas für die Kleinkinder tun!

Eine von vielen Müttern fragt durch uns on: Wann endlich werden Spielplätze oder Wege auf dem Belvedere freigegeben werden, auf denen die Kinder unbeschäftigt und ohne Angstgefühl vor überreifen Bäumen Ball spielen und in gutem, hygienisch einwandfreiem Sand spielen können? Es gibt zwar sogenannte Spielplätze: einen unterhalb des Chorplatzes, völlig im Schatten und an der elektrischen Straßenbahn gelegen, einen zweiten in der prallen Sonne beim Dampfabrillen, einen dritten bei den stinkenden Latzeten der Milchhalle gegenüber; alle überfüllt — ein Herd für Krankheiten, un sauber und statt mit Sand in den Kästen mit Steinen best. Was tut die Stadtgemeinde Prag für die Kleinkinder, die in jeder Großstadt, wie Paris, London, Wien, Berlin, freie Wiesen-Rasenflächen, saubere Sand- und Planschbecken in den Parkanlagen haben? Doch, Prag tut etwas für die Kleinkinder, indem nämlich die Gemeinde einen Beamten anstellt, der Urheber von Kunsturofen wird, indem er die Kinder, die verschüttelt verbrennenweise in den Anlagen spielen, durch seine Schimpfworte angstigt, falls er ein Kind beim Spielen erwischt (das weder Weg noch Rasen dadurch irgendwie beschädigt). Das genügt aber dem Herrn noch nicht; sieht er nur Spielzeug auf der Erde liegen, das die verängstigten Kinder zurücklassen, um gut Mutter zu küssen, falls sie seiner anständig werden, so verbietet er das Mitnehmen von Spielzeug in die Anlagen!

Wird nicht endlich Köhlse geschaffen? Sind die Anlagen für die Menschen oder die Menschen für die Anlagen da?
Was sollen wir Mütter tun? Unsere Kinder zur Umgehung der Verbote erziehen, sie heimlich auf den Wegen spielen lassen? Oder sollen wir gar, wie der Wächter sagte, unsere Kinder „sitzen“ lassen, damit sie nicht in Versuchung kommen, in Freiheit umherzuwandern und auf den Wegen zu spielen, bis, ja bis die Stadt sich zu ihrer würdigen Anlagen für Kleinkinder entschließt?

Deutsche Schule in Prag XIII.

Die deutschen Eltern in Wschowitz und Umgebung (Rusle, Nischle, Pantraz, Strazskny, Kostwarisch, Zizkow) werden aufmerksam gemacht, daß der Deutsche Kulturbund in Prag XIII., Palachgasse 21, einen Kindergarten und eine Schule erhält; der Elternrat kann den Besuch wärmstens empfehlen. Einschreibungen Donnerstag, Freitag und Samstag, den 23., 24. und 25. Juni l. J. von 8 bis 12 Uhr im Schulgebäude; in die erste Klasse und in den Kindergarten werden die Kinder schon jetzt aufgenommen.

Sonderausflugszüge.

Die Staatsbahndirektion Prag-Vid veranstaltet Sonntag einen Sonderausflugszug mit unbekanntem Ziel zum Preise von 60 K. Abfahrt 6 Uhr Břevnovbahnhof. Ankunft 21 Uhr. — Vom 25. bis 30. Juni wird ein Sonderausflugszug nach Luchowitz und den slowakischen Völkern Trenčanské Teplice, Kremnica, Sliač, Banša Bystrica, Jozos usw. zum Preise von 24 K. abgefahr. — Vom 9. bis 18. Juli wird ein Sonderzug nach Karpatenland zum Preise von 38 K. veranstaltet, wobei Porlan, Cop, Woloc befahrt werden; von dort Ausflüge in die Umgebung, Alma, Slatina, Radova, Jozos und Uzhod. Anmeldungen nimmt Kasja Nr. 13, Břevnovbahnhof, entgegen.

Gerichtssaal

Stiefvater und Stieftochter.

Freispruch von der Anklage wegen Notzucht und Schändung.

Prag, 15. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich der 37jährige Chauffeur A. aus Prag wegen einer Anklage zu verantworten, die ihm das Verbrechen der Notzucht und Schändung, begangen an seiner noch nicht 14 Jahre alten Stieftochter, zur Last legte. Der Angeklagte hat vor einigen Jahren eine Witwe geheiratet, die aus erster Ehe ein Mädchen mitgebracht, das von dem Angeklagten adoptiert wurde. Als das Mädchen ins Pubertätsalter trat, bekamen die Beziehungen zu ihrem Stiefvater eine andere Haltung, worunter naturgemäß das bis dahin friedliche Eheleben der beiden Gatten eine arge Störung erlitt.

Es kam zu Szenen und heftigen Aufritten, wobei der Angeklagte seine Gattin mißhandelte und in gefährlicher Weise bedrohte, so daß diese schließlich Anzeile erstatte. Die von Staatsanwalt Dr. Strabrac vertretene Anklage leitete den Angeklagten zur Last, mit seiner minderjährigen Stieftochter in verbotenen Beziehungen verkehrt zu sein, wodurch er sich im Sinne des Strafgesetzes des Verbrechens der Notzucht und der Schändung schuldig gemacht habe. Nach den Bestimmungen des Gesetzes spielt die eventuelle Zustimmung des minderjährigen Mädchens keine Rolle, vielmehr stößt das Gesetzbuch jede derartige Handlung, ungeachtet dessen, ob sie von der Betroffenen gebildet oder selbst veranlaßt wurde, ebenso, wie die gewalttätige Ermahnung des Geschlechtsverkehrs mit einer erwachsenen Frau.

Die von Dr. K. K. Kapil geleitete Verhandlung vollzog sich selbstverständlich unter Aus-

schluß der Öffentlichkeit. Der Angeklagte bestritt die Schuld, die Staatsanw. seine Frau, welche von der gesetzlich eingeräumten Begünstigung Gebrauch und entlichung sich bei der Verhandlung der Anklage die Schwere der Verneinung darauf die Schwärzen und der Gerichtshof stützte auf Grund dieses Widerspruches einen Freispruch. rb

Kunst und Wissen

Maria Müller

Jang am Dienstag im Nationaltheater die Butterflie. Das absolut Evidente, daß ein Versuch, in diesem Falle deutsch zu singen oder liegen zu lassen, zweifellos die nationalistische Rechte entsetzen würde, wurde für die deutsche Sängerin, die sich also den anstehenden Tischen und Deutschen italienisch verständlich machen mußte, kaum merkwürdig. Die italienische Sängerin oder Darstellerin: vielmehr hat sich so noch besser erkennen, daß Maria Müller wohl die italienische Sängerin unter den besten dramatischen deutschen Sängerinnen unserer Zeit ist. Die Kantilene ist vom tiefsten Gefühl getragen und von der vornehmsten Pelcano-Kultur gebildet, Anmut und Wohlwollen des Tones, legato und Phrasierung sind beispielhaft: einzelne Stellen singt die Müller mit bewundernswürdiger Beherrschung, die freilich so ganz nur im Piano und Mezzosolo ankommt, während die ja ohnehin nicht große, prächtig klingende, aber nicht sehr dramatische Stimme in der inuere Wert einbüßt. Doch nichtdestoweniger ergab sich, auch durch die Zusammenwirkung der ungewöhnlich sympatischen Persönlichkeit der Künstlerin auch als Darstellerin eine großartige Leistung. Und ganz ausgezeichnet hielt sich neben der Müller Kubla als Pantalon; zunächst ein wenig unnobel in der Gesangsmanier und ohne besonderen stimmlichen Reiz, sang Kubla dann den letzten Akt mit solchem grandiosen tenorischen Stimmspiel, wie es leider derzeit immer seltener an mitteleuropäischen Opernbühnen aufscheint. Lediglich verfügt das Nationaltheater in Frau Krásova über eine schöpferische Begabung und in K. Filava über einen vornehm singenden Opernsänger. Brzobohaty am Pate fand erst nach einem peinlich bewegten ersten Akt zu einer ruhig-schönen, vielleicht zu ruhigen Wiedergabe der Partitur. L. G.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.

Donnerstag, halb 8 Uhr: Abschied Director Kollner, Gastspiel Alexander Wolff: „Hamlet“.
Freitag, halb 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe (I) — Sonntag, halb 8 Uhr: Kaiserin (III) — Sonntag, 7 Uhr: Carmen (III) — Montag, halb 8 Uhr: „Hamlet“ (I-IV).

Wochenplan des Neuen Bühne.

Donnerstag, halb 8 Uhr: „Morgen geht's uns gut“ (Ab.).
Freitag, halb 8 Uhr: „Morgen geht's uns gut“ (Ab.).
Samstag, 8 Uhr: „Alle Wege führen zur Liebe“ (Ab.).
Sonntag, 8 Uhr: „Noëlise“ (Ab.).
Montag, halb 8 Uhr: „Morgen geht's uns gut“ (Ab.).

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Handballspiele im Arbeitersport.

Aus dem Bericht des Internationalen Föderationsausschusses für Handballspiele in der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale für 1931 entnehmen wir folgende Feststellungen:

Das bedeutendste Ereignis der internationalen Handballspielbewegung des verflossenen Jahres waren die Spiele um die Olympiamedaille anläßlich des 2. Olympia in Wien. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Handballspiele, an

denen sich sechs Länder beteiligten. In bezug auf die technische Höhe im Handball nahmen die Länder Österreich und Deutschland eine überragende Stellung ein; ihnen folgten die Schweiz und dann die anderen Länder. Bei Tennis waren sieben Länder, bei Fußball vier, bei Rhythmus drei Länder vertreten. Diese Steigerung an der Teilnahme gegenüber dem Frankfurter Olympia 1925, an dem sich nur drei Länder in Handball und drei in Fußball beteiligten, zeigt den allgemeinen Aufschwung der internationalen Handballspielbewegung in den letzten Jahren. Mit Ausnahme des Männer-Fußballspiels, in dem der Aufführer Arbeiter-Turn- und Sportbund sich den Olympiameistertitel holte, fielen alle Olympiameistertitel Österreich zu.

Internationale Arbeiter-Tenniswettkämpfe.

Die bedeutungsvollsten internationalen Arbeiter-Tenniswettkämpfe dieses Jahres Österreich — Leipzig — Berlin — Breslau kommen in der Zeit vom 16. bis 17. Juli in den drei Städten zur Durchführung. Die beste österreichische Spielerin und Spielerinnenmannschaft der Turnertennispieler tritt gegen die Städtemannschaften an.

Holländisches Bundeschwimmfest.

Der Niederländische Arbeiter-Sportbund (N.A.B.) führt am 16. und 17. Juli im herrlichen Zanderpark bei Den Haag sein Bundeschwimmfest durch, für das große Vorbereitungen getroffen werden. Die Wasserportler des N.A.B. sind mit der stärksten Mannschaft des Bundes und in der Werbung unermüdlich. Dem Bundeschwimmfest sind dadurch erfolgreiche Ausflüge auf außerordentlich große Schwimmwege und vorzügliche sportliche Darbietungen gegeben. Die Teilnahme reichdeutscher Arbeiter-Schwimmer ist zu erwarten.

Vom deutschen Motorbootfahrsport.

Die jüngste Gruppe der Wasserschiffbewegung im Arbeiter-Turn- und Sportbund (A.T.S.) Deutschlands, die Motorbootfahrgemeinschaft, hat im vergangenen Jahre einen sehr guten Auftrieb zu verzeichnen. Die Zahl der Motorboote konnte im Jahre 1931 von 86 auf 219 erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 156 Prozent. Dieser Aufschwung ist um so beachtlicher, als zur Anschaffung und Unterhaltung der Motorboote große finanzielle Opfer der Mitglieder erforderlich sind.

Der Film

Mit Wähe und Lasso durch Afrika.

Nicht jeder Film, der Tiere zeigt und ihre Stimm wie auch Geräusche in den Augenblicken, so der Opernhaus für sein Publikum und seine Arbeitgeber Trapsenleben erdachen will, ist deshalb schon Bestandteil höherer Kultur. Ich bin der Ansicht, daß der Direktor des Berliner Zoos nicht viel Ruhm davon haben wird, wenn er haarklein zeigt, wie menschenähnlich zart und mißliche junge Straußen, Nahrung, Genuß und Anmerkung ihrer Alen für europäische Schatzkammer gefangen werden. Auch merkt man an diesem Film immer wieder, vor allem in den Szenen der Eingeborenen und Affentänze, wie der Kameramann sein „Bitte recht freundlich“ in dem gerade notwendigen Idiom von sich gegeben hat. Immerhin gibt auch dieser Film photographisch, wenn auch nichts außerordentliches, so doch recht gutes, die Ausnahmen vom klapperigen Schaufelkammer bleiben immer mit so viel unterdrückter Sehnsucht nach Fernem verbunden, daß der Europäer mit Begeisterung diese Filme hinuntrennt, die sich natürlich wohlweislich hüten, dem nackten und bestialisches Kolonialkapitalismus der weißen Kapitalistenklasse zu erlauben. Für uns sind die Hüften der Eingeborenen neben dem Luxus der Weißen eben naturgegeben und nicht mehr zu ändern. Der Film ist zusammengestellt nach dem alten Motto: „Wenn gute Neben sie begleiten, dann fliegt die Arbeit leichter fort“. Ich habe aus eigener Wahrnehmung nicht die Möglichkeit festzustellen, ob die Befehle des Expeditionsleiters an die eingeborenen Trägerkassen im richtigen Dialekt und verständlich erfolgen; eines steht mir fest, daß nämlich in diesem Film das Afrikanische (sozialistisch) und das Perkreliche ziemlich tonantwärtig sein

sein — heute herstellt, stehen an Wohlklang den alten kostbaren Geigen nicht mehr nach. Diese erwiesene Tatsache hindert nicht, daß noch immer Riesensummen für eine echte Stradivari gezahlt werden.
Die Fälscher alter Meistergeigen gehen oft sehr raffiniert, nicht selten aber auch gänzlich sorglos zu Werke, so daß der Sachverständige kaum das man ihm das Instrument vorgelegt hat, die Fälschung erkennt. Die Fälscher wissen, daß Stradivari die von ihm gefertigten Geigen mit einem Namenszug zu versehen pflegte. Diesen Namenszug befestigte er auf einem Zettel unter dem linken F-Loch im Innern der Geige. Dort heftet auch der Fälscher diesen Zettel an. Die Raffinierten unter den Fälschern schreiben den Namenszug Stradivaris und die Jahreszahl mit einer abgenutzten Handdruckmaschine, deren Typen bereits die Buchstaben nicht mehr in gerade Linie aufs Papier bringen. Sie wissen, daß auch des Stradivaris Handdruckmaschine, die er durch all die Jahre seines Wirkens benutzte, nicht mehr ganz exakt arbeitete. Auf diese Weise hoffen sie die Fälschung noch glaubhafter zu machen. Aber nicht immer kalkulieren sie richtig. Wenn sie nämlich die Jahreszahl allzu frisch wählen, so weicht der erfahrene Instrumentenfennser sehr wohl, daß die Handdruckmaschine von Stradivarius zu diesem Zeitpunkt diese unregelmäßig tanzen den Buchstaben vertaten

Das Geheimnis der Meistergeigen.

Insamnen für echte „Stradivari“. — Fälscher alter Geigen. — die Bedeutung des Lacks.

Der Wert kostbarer alter Instrumente hat immer wieder Fälscher dazu verführt, oft absolut wertlose Geigen als echte Meistergeigen auszugeben. Große Summen sind schon für eine Geige bezahlt worden, die dann der Sachverständige auf den ersten Blick als grobe Fälschung erkannt hat. Vor allem wird mit dem Namen Stradivari des größten italienischen Geigenbauers, unangegrienen. Gerade die Stradivari-Geigen haben aber auch wahrhaft märchenhafte Preise erzielt. Einem dieser Instrumente ist mit 2,5 Millionen Mark bezahlt worden.

Das Geheimnis dieser altitalienischen Geigen des Stradivari mit dem wundervollen Klang, von dem man noch heute meistens glaubt, daß er unnochahmlich ist, ist aber nach den Behauptungen Sachverständiger absolut gelöst. Es ist gar kein Geheimnis mehr, eine solche Geige zu bauen. Eine große Rolle spielt für den Wohlklang der Lack. Auch hinter das Geheimnis des Lacks, den Stradivari für seine Instrumente verwendet hat, ist man gekommen. Die Geigen die ein wirklich Künstler unter den Geigenbauern — das allerdings muß er

Auf zum Kindertag!

Der proletarische Kindertag, der auch in Prag bereits eine erfreuliche Tradition hat, findet im ganzen Lande am 18. und 19. Juni statt. Wir wollen dieses schöne Fest wiederum würdig begehen. Nachstehendes Programm ist vorgesehen:

Samstag ab 4 Uhr: Festbau und Lagerleben der „Roten Falken“; abends: Lieder- und Unterhaltungsabend, zu dem alle Genossen und Genossinnen herzlich eingeladen sind. Die Roten Falken nächtigen am Turnplatz.

Sonntag vormittags: Proben und Ballspiele, über Mittag: Ruhepause; nachmittags: ab halb 3 Uhr Kindertag mit Vorführungen der Turnerkinder, Liedern, Tänzen und Spielen der „Rust- und Roten Falken“. Gratisjause für die Kinder. Ueberbrückungen.

Festplatz: Turnplatz der D. T. J. auf dem Bohofelec.

Bei schlechtem Wetter halten wir den Kindertag auf dem Sportplatz der Turner auf der Sebinsel ab, wo uns der Turnsaal zur Verfügung steht. Eine Mitteilung darüber bringen wir in der Samstag-Nummer des „Sozialdemokrat“. Wir erfinden daher, diese Zeitung aufmerksam zu lesen.

Mit „Freundschaft“ die proletarische Organisationen Prags: Bezirksorganisation der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Arbeiterverein Kinderfreunde. Arbeiter-Turn- und Sportverein. Sozialistische Jugend, Prag.

zu scheinen. Bei der glänzenden Technik der Nachahmung kann man nicht mehr genau feststellen, welche Gänge Original und welche Kopie sind; es wäre etwas gut, die Echtheit nicht mehr zu bestreiten und die tropische Plastik nicht mit europäischer romantischer Plastik zu unterwieseln. Sehr originell ist eine Szene, da man Regens mit Gramophon eine italienische Tenorarie bietet, die schallenden Feiertagschor hat; das Maß der Dinge ist eben nicht gleich. W. G.

In das Heim des Klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei — „Sozialdemokrat“

Saben in Ihrer Gemeinde schon alle Funktionäre ihr kommunalpolitisches Blatt?

In vielen Gemeinden wurde schon beschlossenen, allen Gemeindefunktionären, ohne Unterschied der Partei, ein kommunalpolitisches Organ nach freier Wahl des betreffenden Funktionären, auf Gemeindefosten zuzustellen. Ein derartiger Beschluß ist zweifellos sehr wichtig, weil es eine Aufgabe der kommunalen Verwaltung ist, für die Erhaltung der tätigen Gemeindefunktionäre zu sorgen und ihnen wenigstens einen kleinen Teil der zu ihrer ständigen Information nötigen Behältnisse zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Wenn in eurer Gemeinde ein derartiger Beschluß noch nicht besteht, so stellt einen diesbezüglichen Antrag!

Jedem sozialdemokr. Gemeindefunktionär sein Blatt. „Die freie Gemeinde“.

Aber keineswegs ist es immer böser Wille, wenn eine Geige als echte Stradivari ausgeben wird. Oft ist es ein Zufall, daß Generationen in einer Familie, wird geübt und gepflegt, bis vielleicht die Rot den Schatz zu verkaufen zwingt und erst dann stellt sich zur größten Enttäuschung der Beteiligten heraus, daß man wohl eine schöne Geige mit einem kostlichen Ton hat, daß es aber keine Stradivari ist — also an Riesensummen beim Verkauf nicht gedacht werden kann.

Die hante Stradivari seine berühmten Geigen? Sie waren sehr exakte Kunstwerke, diese Geigen. Der Meister hat sich bis zu seinem 50. Jahre lediglich mit Konstruktionen beschäftigt, bis er die richtige Formel gefunden hatte. Erst in der zweiten Hälfte seines Lebens, da er mehr als 90 Jahre alt geworden ist, kann man so sagen, hat er wirklich Geigen fertiggestellt. Neben den mathematisch genau berechneten Ausmaßen spielte wie schon erwähnt der Lack, mit dem das Instrument überzogen wurde, — wie bei jeder anderen Geige auch — eine bedeutende den Wohlklang beeinflussende Rolle. Der Sachverständige erkennt die echte Stradivari außer an anderen Merkmalen auch am Lack, denn der Lack ist vollkommen ins Holz eingedrungen und nicht abzuwaschen. Noch heute, nach mehr als 200 Jahren wird der Lack durch die Körperwärme des Spielenden jedesmal wieder weich-